Nr. 118. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 23. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Facit der China-Expedition.

Nachdem China die Entschädigungsforderungen der Mächte im Gesamtbetrage von 450 Millionen Taels (etwa 1350 Millionen Mark) anerkannt und auch der deutsche Kaiser in seiner neuesten Dinerrede, wie schon gemeldet, eine baldige Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Himmlischen Reich verkündet hat, scheint nun doch endlich das Ende oder, richtiger, das vorläufige Ende der mit so vielem Brimborium inscenierten China-Expedition bevorzustehen. Allerdings über die Modalitäten der Aufbringung und Entrichtung der Entschädigungssummen sind erst noch nähere Vereinbarungen zu treffen, vorläufig sind nur erst Vorschläge gemacht, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß bei diesem Geschäft nicht nur die chinesischen Unterhändler noch allerlei Winkelzüge finden werden, sondern sich auch die Verbündeten noch einigemal in die Haare geraten. China ist seit jeher der echtasiatischen Ansicht gewesen, daß Verträge nur dazu da seien, um nicht gehalten zu werden, und die Meinung verschiedener sonst gutunterrichteter englischer Blätter, daß die chinesische Zustimmung zu den Entschädigungsforderungen nur eine leere Formalität sei, zu der die chinesische Regierung sich nur verstanden habe, um erstmal die Fremden los zu werden, hat manches für sich. Jedenfalls beginnen mit der Feststellung des Abzahlungsmodus und der zu leistenden Garantien erst die eigentlichen Schwierigkeiten. Doch so berechtigt auch alle solche Bedenken sein mögen, alle Mächte sind chinamüde und möchten ihre Truppen zurückziehen. England fühlt sich in seiner Aktionsfreiheit gegenüber Südafrika beengt durch die nicht endenden Händel in China; Frankreich nimmt Rücksichten auf Rußland und hat zudem in Nordchina fast gar keine Interessen zu verteidigen; Rußland hat sich seine Beute geholt und sieht je früher je lieber die Mächte aus China auf Nimmerwiedersehen verschwinden und die Vereinigten Staaten suchen China für ihre seit mehreren Jahren geplante und vorbereitete wirtschaftliche Exploitation zu konservieren. So sieht die deutsche Regierung sich immer mehr in eine isolierte Stellung gedrängt, aus der auch ihr kein andrer Ausweg bleibt als das Zurückziehen ihrer Truppen. Vor allem aber bietet sich in der verfahrenen Situation nirgends noch eine Aussicht, irgend welche besonderen Vorteile zu erlangen, während andrerseits jeder Tag des längeren Verweilens auf Chinas Boden nicht geringe Ausgaben verschlingt. Möglich, daß es an Versuchen nicht fehlen wird, neben der Entschädigung noch hier und da kleine Extra-Zugeständnisse zu erpressen, denn es wäre doch gar zu schön, wenn man den großen Kindern daheim etwas mitbringen könnte, sei es auch nur Flitterkram. Aber die Aussichten auf die Erreichung von irgend etwas Erklecklichem sind doch allzu sehr zusammengeschrumpft, ihr steht hindernd die gegenseitige Eifersucht der Mächte im Wege.

Von der Erschließung Chinas für die europäische Kultur zu schweigen, ist nicht mal die Sicherung des sogenannten Ansehens der europäischen Mächte, ja selbst nicht mal die Bestrafung der eigentlichen Veranlasser des Pekinger Gesandtenmords erlangt worden. Städte und Dörfer sind verwüstet, Menschenhaufen auseinander gesprengt, Tausende friedlicher Chinesen getödtet worden; aber die Anstifter des Gesandtenmords in der Nähe des Throns, auf deren Geheiß auch die Unruhen ausbrachen, sie bleiben unbestraft oder sind mit Strafen belegt worden, die sie selbst als solche kaum empfinden und die ihnen überdies, sobald erst die Truppen abgezogen sind, erlassen werden dürften.

Dagegen haben die Chinesen die Eifersüchteleien, die Interessengegensätze, die Ränkesucht der Verbündeten noch besser als früher verstehen gelernt, und sie mit Geschick in den letzten Monaten in ihren Verhandlungen mit den fremden Diplomaten gegen einander auszuspielen gewußt. Sie haben ferner gesehen, wie resultatlos in Anbetracht der riesigen Ausdehnung ihres Reichs und des Fehlens geeigneter Landstraßen und Kommunikationsmittel ein Eindringen in ihr Land verläuft, wenn sie eine passive Haltung einnehmen, die zunächst gelegene Angriffsfläche freigeben, die Regierung weiter ins Innere verlegen und die Lebensmittelzufuhren abschneiden. Und wenn sie schon heute, wo der Feind im Lande steht, zu geringem Entgegenkommen sich veranlaßt fühlen, werden nur sie künftig noch weniger dazu geneigt sein.

Und die Entschädigungssumme, die China zahlen will, und die nach Li-Hung-Tschangs Vorschlag in 30 Raten von je 15 Millionen Taels (circa 45 Millionen Mark) entrichtet werden soll? Nun, sie deckt nicht mal die Kosten, die den Mächten aus ihrer Expedition erwachsen sind nebst denen, die ihnen noch aus der Entschädigung der Verwundeten, der Hinterbliebenen der im fernen Land Gefallenen usw. entstehen werden. Findet der von Li-Hung-Tschang vorgeschlagene Abzahlungsmodus Annahme, so werden sogar nicht mal die jährlichen Zinsen der von den meisten Mächten verausgabten und größtenteils erst selbst geliehenen Kapitalien zurückerstattet. Für China ist diese Abzahlungsweise freilich recht bequem; denn würde es heute gezwungen, eine Anleihe aufzunehmen, es erhielte selbst unter den größten Zugeständnissen kaum Geld unter 6 Proz. und müßte außerdem, da seine Schuldscheine zweifellos nur unter dem nominellen Wert Aufnahme finden würden, mindestens 500 Mill. Taels leihen, um 450 zu erhalten. Die jährlichen Zinsen würden sich also wenigstens auf 30 Millionen Taels (ca. 90 Mill. Mark) belaufen, das Doppelte des Betrags der Raten.

Und dabei besteht die Wahrscheinlichkeit, daß, nachdem einige Ratenzahlungen abgetragen sind, China überhaupt nicht mehr zahlen wird, daß es den Mächten ähnlich gehen wird, wie Rußland mit der türkischen Kriegsentschädigung. Sollen dann, wenn China nicht zahlen zu können erklärt, etwa erneute Expeditionen nach dem Lande des Zopftums unternommen werden? Zwar heißt es, die Ratenzahlung solle durch die Likin-, Salz- und Dschunkenzölle aufgebracht und diese zur Sicherstellung unter europäische Verwaltung gestellt werden, ähnlich wie die Seezölle. Recht gut gemeint; man übersieht dabei nur eins, nämlich, daß die Erhebung der Seezölle in den relativ wenigen den Fremden geöffneten Hafenstädten ziemlich leicht ist, zumal die dort stationierten „Commissioners of Customs" meist mit den europäischen Importeuren zu thun haben, an der dortigen fremden Kaufmannschaft einen starken Rückhalt besitzen und unter dem Schutz der englischen Kriegsschiffe stehen. Die Erhebungsstationen der Likingefälle liegen dagegen weit zerstreut im Innern des Landes. Nicht nur die Ueberwachung der Erhebung ist schwieriger, auch die Anforderungen an die europäischen Beamten würden weit größer sein, und vor allem fehlt der Schutz dieses Personals vor willkürlichen Eingriffen der Provinzialregierungen in ihre Verwaltungsgebiete.

Diesen Schwierigkeiten gegenüber wäre eine entsprechende Erhöhung der Seezölle noch immerhin das beste, wenn sie auch sicherlich vorerst die Höhe des Imports beeinträchtigt. Der heutige chinesische Zolltarif, der aus den 50er und 60er Jahren stammt und dem der Satz von 5 Prozent vom Werte zu Grunde gelegt wurde, ist recht reformbedürftig. Die Preise der Waren haben sich seitdem gründlich verschoben, besonders die Importwerte haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten sehr verändert. So kommt es, daß seit 1890 der Wert des Außenhandels Chinas bedeutend gestiegen ist, die Zolleinnahmen sich aber gleich geblieben sind.

Es betrug

	der Wert des Außenhandels	die Zolleinnahme
1890	214 Mill. Taels	21 Mill. Taels
1891	235 „ „	23 „ „
1892	238 „ „	22 „ „
1893	268 „ „	22 „ „
1894	290 „ „	22 „ „
1895	315 „ „	21 „ „
1896	334 „ „	22 „ „
1897	366 „ „	22 „ „
1898	369 „ „	22 „ „

Muß also einmal mehr Geld aus China herausgepreßt werden, vertragen die Seezölle am leichtesten eine Erhöhung; aber die Sache hat einen Haken, die Seezölle zahlt meist die fremde Kaufmannschaft, in deren Händen der Außenhandel liegt, die Likingefälle dagegen der chinesische Händler. Deshalb haben, obgleich von den fremden Gesandten allgemein die Erhöhung der Seezölle als das einfachste und wenigst drückende Mittel zur Erzielung größerer Einnahmen bezeichnet worden ist, die englischen, amerikanischen und japanischen Gesandten auf Betreiben der europäischen Handelshäuser in China sich gegen diese Maßregel erklärt. Es haben diese drei Länder den größten Import nach China, besonders England, das mit seinen Kolonien beinahe zwei Drittel der gesamten Seezoll-Einnahmen zahlt. Und das Gewicht dieser drei Stimmen ist zu bedeutend, als daß gegen sie beschlossen werden sollte. So wird man auf andre Zölle, wie die Salz- und Likinzölle zurückgreifen, die den kleinen Mann in China weit härter treffen, als die Seezölle und welche die Gefahr erneuter Aufreizungen und Verwicklungen in sich bergen.

Es ist ein trostloses Ergebnis, mit dem die Expedition zur angeblichen Erschließung Chinas für die abendländische Kultur abschließt, trostlos für China, wie für die Mehrzahl der Verbündeten; speciell auch für Deutschland. Das letztere erhält selbst im besten Fall kaum die Kosten zurück, die ihm der heilige Kreuzzug gekostet hat; dagegen aber hat es, indem es sich, wenigstens äußerlich, der Leitung des Vorgehens gegen China bemächtigte, sich die ganz besondere Feindschaft der Chinesen erworben und gleichzeitig das Mißtrauen der andren Mächte aufgestachelt. Und um dieses hehre Ziel zu erreichen, mußte so mancher brave deutsche Mann im fernen Osten sein Leben lassen, so mancher für sein ganzes Leben zum Krüppel werden. Fürwahr, der Handstreich gegen Kiautschou rächt sich bitter, — und doch sind wir noch nicht am Ende.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Mai.

Los vom Centrum.

Der „maßvolle" Brotwucher, zu dem das Centrum schwört, hat die der Aufklärung zugänglichen katholischen Arbeiter aus ihrer Centrumsgläubigkeit jäh aufgerüttelt, andrerseits geht er den „reinen" Agrariern lange nicht weit genug. Die Politik der Mitte wird so verhängnisvoll für das Centrum, daß es mit seinem frommen Diagonalwandel es mit beiden Teilen gleichmäßig verdirbt.

Am Sonntag tagte in Düren der Kreisverband des katholischen rheinischen Bauernvereins. Dort befürwortete der agrarische Führer Bitzer unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung den Anschluß an den Bund der Landwirte, „unabhängig von allen Parteien, unabhängig auch vom Centrum". Heute lasse die Centrumspartei und voran die Centrumspresse den Wünschen der Landwirtschaft gegenüber vieles zu wünschen übrig. Herr Pilgram faßte die Ausführungen des Vorredners dahin zusammen: die Landwirtschaft hätte heute noch wenig Aussicht auf Hilfe bei den verschiedenen Fraktionen. Notwendig sei vor allem der Zusammenschluß aller Bauern. Herr Baumann empfahl hierauf eine Resolution zur Annahme, den Vorsitzenden des Rheinischen Bauernvereins zu bitten, mit dem Bunde der Landwirte ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen, den Präsidenten ferner zu bitten, dafür Sorge zu tragen, daß der Bund der Landwirte eingeladen wird, dem Kartell der christlichen Bauernvereine beizutreten.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Dann führte Herr Bauer aus Bonn aus, daß die Landwirtschaft auch dem Centrum nur imponieren könne, wenn sie einig sei. Es müsse **dem Centrum von den Bauern gesagt werden: auf Diplomatisieren lassen wir uns nicht mehr ein; wenn ihr nicht wollt, was unsren Interessen dient, dann könnt ihr uns gewogen bleiben.** (Beifall). Redner stellt sich als langjähriger Redacteur der „Rheinischen Volksstimme", die er habe gründen helfen, und des „Rhein. Bauer" vor. Der Rheinische Bauernverein sei weder ein katholischer Verein, noch ein Centrumsverein. Herr Bauer fügte noch hinzu, daß die Centrumsleitung in Köln und Düsseldorf jetzt zu viel demokratisch geworden sei und nicht mehr so agrarisch sei wie früher. Im Laufe der Verhandlungen wurde auch von einem Redner die Qualität so mancher Volksvertreter berührt und ausgeführt und lebhaft applaudiert, daß auch in der **Centrumsfraktion viel zu viele Nullen säßen;** wenn man einige wenige Herren abrechne, blieben nur Nullen übrig; dann zögen auch manche gern die kurzen seidenen Höschen an; soweit die Vertretung der Landwirtschaft in Frage käme, müsse es damit anders werden, der Bauernstand brauche tüchtige Vertretung, die bei wichtigen Anlässen, wie jüngst bei der Obstruktion gegen die Branntweinsteuer-Novelle, auch im Reichstage anwesend wäre und ihre Pflicht thäte.

Die „Köln. Volksztg." begnügt sich, sehr vorsichtig und verlegen „zur Charakteristik" einiger Redner Beiträge zu liefern. Sie erinnert an eine kürzlich veröffentlichte Flugschrift des Gutsbesitzers Bitzer, „Bauern, einigt Euch!", in der dem Centrum in schroffster Weise Absage erteilt wurde. Es heißt darin:

„Wie haben wir Bauern es bis jetzt gemacht? Wir katholische Bauern glaubten uns noch immer verpflichtet, dem Centrum unsre Stimmen geben zu müssen. . . . **Aber wie schmählich sind die Bauern vom Centrum verraten worden.** Stand ein Gesetz zu Gunsten des Bauernstands in Aussicht, so hat es das Centrum natürlich nicht an schönen Redensarten und Vertröstungen fehlen lassen, aber fast noch nie hat es sich ernstlich Mühe gegeben, ein Gesetz zum Schutze und zum Nutzen der Landwirtschaft durchzubringen. Im Gegenteil, gerade waren es Centrumsabgeordnete, die solche Gesetzesvorlagen durch ihre Anträge noch verschlechterten . . Darum, ihr Bauern, in wirtschaftlichen Fragen: **Los vom Centrum!** Wir Bauern bedürfen Männer in den gesetzgebenden Körperschaften, die in erster Linie unsre Interessen vertreten. . . Werden wir thatsächlich einmal das, was man uns nennt: Begehrliche Agrarier. . . . Neben dem Centrum ist es dann auch die Centrumspresse, die den Bauern mit schwarzem Undank gelohnt hat. . . Ob man es Undank, ob man es Gleichgültigkeit nennen will, Thatsache ist es jedenfalls, daß auch vielen Herren Geistlichen sehr wenig an dem Wohl- oder Nichtwohlergehen der Bauern liegt. . . Sie scheinen vergessen zu haben, daß zur Zeit, als vielen der Brotkorb höher gehängt wurde, die Bauern lieber die Butter vom Brote strichen, als daß sie ihre Seelsorger darben ließen, und doch waren manche vermögend genug, um sich selber den Unterhalt stellen zu können . . . Die Galle möchte einem überlaufen, wenn man sieht, wie diese Herren heute, nachdem sie sich ums tägliche Brot keine Sorgen mehr zu machen brauchen, sich gleichgültig gegen die um ihr Brot und ihre Existenz kämpfenden Bauern verhalten."

Mit schönen glatten Redensarten lassen sich eben auf die Dauer wirtschaftliche Gegensätze nicht versöhnen — auch nicht ein Schelten der Kirche. Das Diesseits liegt den katholischen Arbeitern, Unternehmern und Gutsbesitzern näher als das Jenseits. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Frage der Auflösung des Abgeordnetenhauses wird in der konservativen Presse weiter wichtig und lebhaft diskutiert. Gewisses über die Absichten der Regierung weiß niemand mitzuteilen. Jedenfalls weiß die starke Regierung des Grafen Bülow am allerwenigsten etwas über ihre Pläne.

Das „Berliner Tageblatt" erklärt, „Grund zu haben zu der Annahme, daß ein Beschluß in der Richtung der Auflösung bisher nicht gefaßt worden ist". Die „Post" sagt, die Nachricht, daß die Auflösung für den August geplant sei, leide „an innerer Unwahrscheinlichkeit".

Dennoch glaubt die „Post", die Möglichkeit der Auflösung nicht ausschließen zu können, und fordert ihre Getreuen zu eifriger Wahlvorbereitung auf:

„So unwahrscheinlich die Nachricht auch ist, daß die Regierung sich mit der Absicht einer Auflösung des Abgeordnetenhauses trage, so erscheint es doch durchaus erwünscht, daß man sich im Lande nicht in Sicherheit wiegt, sondern überall die

nötigen Vorbereitungen für eine etwaige Wahlkampagne trifft. . . ."

Ebenso fährt die „Deutsche Tagesztg." fort, die Regierung durch düstere Ausmalung der Folgen einer Auflösung zu warnen. Insbesondere erhofft das Bündlerblatt durch die Drohung der socialdemokratischen Gefahr einschüchternde Wirkung:

„Die Regierung müßte also in einem Wahlkreise, wo es sich um den Kampf eines konservativen mit einem liberalen oder freisinnigen Kandidaten handelte, ihren Einfluß zu Gunsten dieses letzteren in die Wagschale werfen. Beispielsweise würde in Königsberg der Regierungspräsident für den Herrn Direktor Krieger und in Hagen die Regierungsbehörden für Herrn Eugen Richter sich ins Zeug legen müssen. Aber die Sache hat noch einen andren Haken. Bekanntlich hat die Socialdemokratie beschlossen, sich an den nächsten preußischen Landtagswahlen überall, wo Aussicht auf mittelbaren oder unmittelbaren Erfolg vorhanden zu sein scheint, zu beteiligen. Sie wird diesen Beschluß bei einer Auflösung sicher in die That umsetzen. Zwar wird sie nicht überall eigne Kandidaten aufstellen, sondern die des Freisinns gegen ein gewisses später zu leistendes Entgelt unterstützen. Es wird dann der immerhin interessante Fall eintreten, daß auf der einen Seite die Regierungsbehörde, auf der andren die Socialdemokraten ein und dieselbe Kandidatur mit allen Mitteln fördern. Aber es wird vielfach noch ein andrer interessanter Fall eintreten. Wir glauben kaum, daß beispielsweise in Berlin, in Breslau, im Kreise Teltow und auch in andren Kreisen die Socialdemokratie sich mit der Unterstützung freisinniger Kandidaten begnügen wird, sondern sind fest überzeugt, daß sie hie und da die Aufstellung eines eigenen Kandidaten fordern und durchsetzen werde. Die Socialdemokratie ist zugestandenermaßen kanalfreundlich, ja, sie übertrifft an Kanalfreundlichkeit fast alle andren Parteien. Wollte die Regierung bei einer Auflösung konsequent handeln und ihr Ziel erreichen, so würde sie in die seltene Lage geraten, beispielsweise im Kreise Teltow den Herrn Zubeil gegen die bisherigen Abgeordneten unterstützen und ihre ganze Autorität für ihn einsetzen zu müssen."

Wenn auch die Regierung schon öfter — man denke an die letzten großen Handelsverträge — mit Hilfe der Socialdemokratie Gesetze gegen die Konservativen durchgeführt hat, so dürfte allerdings ihre Situation bei Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht leicht sein. Sie wäre leicht, wenn die Regierung die ernsthafte Absicht hätte, die konservative Diktatur abzuschütteln. Da ihr dies aber völlig fern liegt und sie nur den Kanal bauen will, um alsdann wieder mit den Konservativen beste Freundschaft zu pflegen und nach konservativem Rezepte zu regieren — so findet sie keinen Ausweg. Nicht auflösen ist schlecht und auflösen ist auch schlecht — eine wahrhaft bemitleidenswerte Regierung!

Die konservativen Blätter mögen sich beruhigen: die preußische Regierung wird gewiß nicht den von ihnen gefürchteten Ausweg aus ihrer Not nehmen.

Immerhin mahnt die gegenwärtige Lage dringend auch die Arbeiterklasse, ihre Vorbereitungen für alle Möglichkeiten umfassend und gründlich zu treffen. Erfolgt auch nicht in Bälde die Auflösung des Abgeordnetenhauses, das ist schon jetzt sicher: Die nächste Wahl zum preußischen Abgeordnetenhause wird zum erstenmale eine intensive, bedeutsame Wahlbewegung herbeiführen.

Wilhelm II., Bodelschwingh und die Boeren. Als Berater des Kaisers fühlt sich seit längerer Zeit der Pastor v. Bodelschwingh, der Leiter der bekannten Anstalt Bethel. Auf eine Aeußerung dieses Pastors, den der Kaiser einmal einen „gottbegnadeten, von Gott uns gesandten Mann" nannte, ist ja die Zuchthausvorlage zurückzuführen. Neuerdings hat nun Herr v. Bodelschwingh den Kaiser auch über die Volksstimmung in Sachen der Boeren informiert. Welche Folgen das gehabt hat, wird in einem Missionsblatt, dem „Friedensboten", ausführlich erzählt.

Am 14. März sandte Bodelschwingh ein Schreiben an den Kaiser, in dem zuerst von der Empörung gesprochen wird, die die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts erregt hatte. Dann heißt es weiter:

„v. Bodelschwingh hatte gerade eine Eingabe an den Kaiser persönlich zu machen, und unter dem Eindruck, den jeder Staatsbürger hat, daß unser Kaiser durchaus im Unklaren gehalten wird über die Stimmung seines gesamten Volks gegen ihn, legt v. B. ihm den Thatbestand ehrfürchtigst klar. Darauf wird v. B. sofort nach Berlin zum Kaiser befohlen, wohin er nun ganz vergnügt mit seiner Tochter Frieda dampft, in der guten Meinung, der Kaiser wolle mit ihm beratschlagen über die neu zu gründenden Arbeiterheime. Aber siehe, in Berlin wird er anstatt vom Kaiser von Herrn v. Lucanus empfangen, dem bekannten Ueberbringer der blauen Abschiedsbriefe. Der versichert ihn dann höflichst der allerhöchsten Ungnade Seiner Majestät über seine Mitteilungen. **Majestät käme sich förmlich wie ein Märtyrer in der Sache vor; es sei doch unmöglich, in seiner Lage jeden Grund seiner Handlungen gleich der Oeffentlichkeit preis zu geben,** ob man denn durchaus kein Vertrauen mehr zu ihm hätte ꝛc."

Es wird nun erzählt, wie Pastor v. Bodelschwingh nach seiner Heimkehr an den Kaiser schrieb, um ihm nach einmal die wirkliche Lage der Dinge darzulegen. Dann heißt es:

„Einige Tage darauf feierten wir von B.s 70. Geburtstag. Unter den etwa 300 Gratulationstelegrammen war ein sehr liebes von der Kaiserin und eines von drei Bogen vom Kaiser. Wärmer konnte Seine Majestät seine Anerkennung, Liebe und Verehrung nicht ausdrücken, als es darin geschah. Er schloß mit einer innigen Bitte zu Gott, ihm seinen lieben v. B. noch lange als treuen Vater seiner Anstalten und geliebten Diener seines Herrschers zu erhalten!"

Am nächsten Tage war die Gauversammlung der Ravensberger in Herford; hier kam es zu einer großartigen Kundgebung für die Boeren. Einstimmig wurde beschlossen, Präsident Krüger zu dem nächsten Bethel-Fest einzuladen. Ueber das Ganze ward Protokoll aufgenommen, das v. Bodelschwingh an den Kaiser sandte. Weiter wird nun berichtet:

„Dieser hatte sich unterwegs längst überzeugt, daß v. B. ihm die Stimmung des deutschen Volks gegen ihn schonend und in zartester Weise und mit vorsichtigsten Worten beigebracht hatte und die Sache viel schlimmer stand, als er ahnte. War schon des Kaisers Telegramm herzlich, so nun erst recht der Brief, den er gleich hierauf an v. B. schrieb. In den wärmsten Ausdrücken dankte er ihm für seine Gesinnungs- und Ueberzeugungstreue."

Für die Erkenntnis unserer inneren Zustände und für die Charakteristik des Kaisers ist diese Episode nicht ganz unwichtig. Es ist ein anmutiges Bild zu sehen, wie statt der verantwortlichen Ratgeber irgend eine Privatperson den Beruf ausübt, den Kaiser über Volksstimmungen zu unterrichten. Uebrigens haben die Vorstellungen von Bodelschwinghs in der Boerenfrage praktisch nicht den Erfolg gehabt, der seinen Aeußerungen über angeblichen Streikterrorismus beschieden gewesen ist. —

Kaiserreden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Daß die Alexandriner-Rede in die Oeffentlichkeit gelangt ist, scheint in manchen Kreisen übel vermerkt worden zu sein. Eine Korrespondenz berichtet:

„Schon längst erregte es den Unwillen des Kaisers, wenn kurz nach einer von ihm gehaltenen Rede der Wortlaut in den Zeitungen stand. . . . Des öfteren hat der Monarch die Entdeckung machen müssen, daß die Berichterstatter nicht richtig gehört und dem Kaiser Worte in den Mund gelegt hatten, die er gar nicht gesprochen hatte. Das ergab sich denn auch am andern Tage, wenn der „Reichs-Anzeiger" und das „Wolffsche Telegraphen-Bureau" den „authentischen Wortlaut" brachten. Man muß aber wissen, daß dieser „authentische" oder „offizielle" Wortlaut erst recht gründlich redigiert wurde.

Der Monarch ist der Ansicht, daß man nicht jedes Wort auf die Wagschale legen solle. Wenn nur der Grundgedanke festgehalten und nicht verwischt werde, so sei die Wortfolge ziemlich gleichgültig. Die erste Aeußerung dieser Art that, wenn wir nicht irren, der Kaiser vor einigen Jahren, als die Berliner Schutzmannschaft gelegentlich ihres Jubiläums im Schloßhofe zu Berlin vom Kaiser besichtigt wurde. Damals wurden verschiedene Berichterstatter, die Zulaß zu dem Appell zu haben wünschten, um die Rede des Kaisers aus erster Quelle zu erhalten, abschlägig beschieden mit der Motivierung, der Kaiser wünsche keine Reporter um sich zu haben. Daß jetzt ähnlich scharf vorgegangen werden soll, ist der **Einweihung der Garde-Alexander-Kaserne zu danken.** Trotz strenger Isolierung war es doch gelungen, die Rede des Kaisers zu erhaschen und in den Zeitungen zu veröffentlichen. Der Kaiser ist darüber sehr ungehalten gewesen und soll geäußert haben, **daß das, was er als oberster Kriegsherr zu seinen Soldaten spreche, die große Oeffentlichkeit nichts angehe.** In Zukunft soll derartiges unmöglich sein. Wie man sich in Kreisen erzählt, die es wissen könnten, sollen etwaige Berichterstatter, die zu „Kaiser"-Veranstaltungen zugelassen werden, verpflichtet werden, über die Rede des Kaisers nichts zu veröffentlichen, da alles Erforderliche der „Reichs-Anzeiger" und das „Wolffsche Bureau" erhalten. Hofrat Schneider vom „Wolff-Bureau" dürfte demnach das Berichterstattungs-Monopol über die Reden des Kaisers erhalten. Die erste Beschränkung der Berichterstatterfreiheit soll, wie wir hören, gelegentlich der Enthüllung des Bismarck-Denkmals am 3. Juni eintreten, doch ist noch nichts bekannt geworden, in welcher Art und Weise dies durchgeführt werden soll. Allerdings wird die offizielle Zulassung von Pressevertretern sehr beschränkt sein, da die Zahl der Freikarten nicht allzu hoch bemessen ist."

In dieser Darstellung finden sich offenbare Unrichtigkeiten. Bei der Einweihung der Alexandriner-Kaserne war keine „strenge Isolierung" durchgeführt, sondern Berichterstatter zugelassen, die allerdings dann angewiesen wurden, nicht den richtigen Wortlaut mitzuteilen. Trotzdem waren wir in der Lage, den Urtext mitteilen zu können, und das war erforderlich. Denn es kann dem Volke nicht gleichgültig sein, welche Instruktionen das von ihm unterhaltene Heer erhält. Wenn die Reden des Kaisers den Wert beanspruchen dürfen, politische oder militärische Direktiven zu geben, so müssen sie auch der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden. Wir möchten auch, im Gegensatz zu den Mitteilungen der Korrespondenz vermuten, daß dem Kaiser selbst sehr viel daran liegt, von der Oeffentlichkeit gehört zu werden. —

Der konservative Vicepräsident des Reichstags zeigt eine ungeahnte Fähigkeit in der Ausmerzung der Beweise seiner Unfähigkeit aus dem stenographischen Bericht:

Herr v. Frege hat, worauf die „Köln. Ztg." aufmerksam macht, den stenographischen Bericht in geradezu unerhörter Weise korrigiert, um die groben Schnitzer zu verdecken, die er bei der Fragestellung am letzten Tage der Reichstagsverhandlungen gemacht hat. Die „Köln. Ztg." nennt ironisch die Aeußerungen des Vicepräsidenten v. Frege nach dem jetzigen Wortlaut des stenographischen Berichts ein Muster von Klarheit, Deutlichkeit und Bestimmtheit. Man müsse deshalb, so ironisiert die „Köln. Ztg." Herrn v. Frege, „die schwersten Vorwürfe gegen die Abgeordneten Richter und Singer erheben, daß sie an diesem wichtigen Verhandlungstage so zerstreut, schwerhörig und verwirrt gewesen sind, daß sie, allerdings ebenso wie die Stenographen auf der Journalistentribüne und alle andern Zuhörer, ganze Sätze aus dem Munde des Herrn v. Frege vernommen haben wollen, die dieser nach dem amtlichen Stenogramm überhaupt nicht gesprochen hat. Ein Beispiel mag genügen. Nach dem amtlichen Bericht hat der Abg. Richter zur Geschäftsordnung erklärt: „Der Herr Präsident hat, nachdem er die Reihenfolge festgestellt hatte, ausdrücklich gesagt, diejenigen, welche, entgegen dem Antrage Fischbeck auf Streichung, die Worte beibehalten wollen, bitte ich aufzustehen." Der amtliche Bericht weist aber nach, daß Herr v. Frege diese Worte vorher überhaupt nicht gesprochen hatte. Nicht minder merkwürdig ist, daß die Stenographen auf der Journalistentribüne gehört haben wollen, daß Herr v. Frege nach einer Zwischenrede des Abg. Singer gesagt habe: „Ich konstatiere wiederholt, und ich lege darauf den größten Wert, weil ich ganz genau die Sache so entwickelt habe, wie es nach dem eignen Antrage Fischbeck stattfinden solle, daß ich zunächst festgestellt habe, daß die Sache so sein wird, daß diejenigen, die positiv abstimmen wollen, sich von ihren Sitzen erheben möchten. Es hat sich kein Mensch erhoben. (Große Heiterkeit.)" Nach dem amtlichen Wortlaute hat Dr. v. Frege lediglich gesagt: „Ich konstatiere wiederholt, daß ich zunächst nur festgestellt habe, wie die Reihenfolge der Abstimmungen sein soll." —

Gesundheitsrücksichten im Centralverband. Auch der durch seine kompromittierliche Briefschreiberei lästig gewordene Geschäftsführer des Centralverbands, Herr Bueck, ist nunmehr von den in Regierungskreisen üblichen Gesundheitsrücksichten befallen worden. Das Direktorium teilt mit, Bueck fühle sich so angegriffen, daß er „vorläufig" noch von dem Dr. Alexander Tille vertreten werden wird. —

Entschädigung unschuldig Verhafteter. Die zweite hessische Kammer nahm einstimmig einen Antrag des Genossen Ulrich auf Entschädigung unschuldig Verhafteter in der vom Ausschuß beantragten Fassung an, wonach die Kammer die Regierung ersucht, baldmöglichst ein Gesetz vorzulegen, durch das die feste Entschädigung unschuldig Verhafteter eingeführt wird.

O welche Lust, Soldat zu sein! Aus Breslau wird uns berichtet: Ein Kanonier der zweiten Batterie des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 57 in Neustadt (Oberschles.), der als Pferdepfleger kommandiert war, wurde von dem Sergeanten Josef Grieger in Mißbrauch der Dienstgewalt über Untergebene zu außerdienstlichen Arbeiten verwandt, indem er die Sachen des Sergeanten putzen, Kaffee holen ꝛc. mußte, weshalb G. ihm befahl, stets eine halbe Stunde eher zu kommen, als der Dienst begann. Da kam der Kanonier dreimal zu spät, und der Sergeant spendete ihm drei Ohrfeigen. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Mißhandlung Untergebener zu 14 Tagen Mittelarrest. Das Ober-Kriegsgericht, an das G. Berufung einlegte, bestätigte diese kleine Strafe. —

Leipzig, 22. Mai. Wie das „Leipziger Tageblatt" vernimmt, **entzogen** die ärztlichen Bezirksvereine anläßlich des Streites zwischen den Aerzten und der Orts-Krankenkasse den auswärtigen bei der Kasse hier in Thätigkeit getretenen Aerzten das innerhalb der Bezirksvereine **gewährleistete Wahlrecht auf drei bezw. vier Jahre.** Die Betroffenen legten gegen diese Maßregel beim Ehrengerichtshof Berufung ein. —

Im württembergischen Landtag kam am Dienstag, den 21. Mai, die Etatsposition „Gesandtschaften" zur Beratung. Württemberg giebt für seine Gesandschaft in Berlin 37 620 M. und für die in München ca. 20 000 M. aus; die neue Gehaltsvorlage fordert je 6000 M. Erhöhung für Repräsentation, so daß es sich um rund 80 000 M. handelt. In früheren Verhandlungen wurde besonders die Gesandtschaft in München als überflüssig angefochten, so 1872 von dem Minister, vor 1870 v. Varnbüler, dem späteren Minister Hölder und dem Prälaten v. Mehring. Derletztere bezeichnete auch die Gesandtschaft in Berlin nach den Vertretungen Württembergs im Bundesrat und Reichstag als „das fünfte Rad". Namens der socialdemokratischen Fraktion begründete Genosse Hildenbrand diesmal den Antrag, die ganze Position abzulehnen. Der Centrumsredner Kiene lehnte unbedingt, der Redner der Volkspartei Liesching für den jetzigen Zeitpunkt den Antrag ab. Bei der namentlichen Abstimmung stimmte, wie bereits telegraphisch berichtet, das ganze Haus gegen die fünf socialdemokratischen Stimmen für Bewilligung der überflüssigen Repräsentationskosten.

Die Generalversammlung der Strelitzischen Hypothekenbank ist in ihrem ersten Teile stürmisch verlaufen; sie hat auch einige Aufklärungen gebracht, welche die Ansichten über die Lage der Strelitzischen Bank noch etwas herabstimmen. Die Strelitzische Regierung habe allerdings schon im Februar festgestellt, daß vier Fünftel aller Hypotheken der Bank Berliner Terrain-Hypotheken sind und behauptet, daß alle Hypotheken erststellige seien. Jetzt soll das merkwürdigerweise nicht stimmen. Eine noch nicht ganz aufgeklärte Rolle spielt bei der Sache ein Pankower Terrain, das von der Pommerschen Bank an erster, von der Strelitzischen an zweiter Stelle mit zusammen 20 Millionen beliehen, aber höchstens 7 Millionen wert sein und im Jahre 1898 sogar für 3 Millionen subhastiert sein soll. Endlich ist aus der Dunkelheit die Firma Schuhmacher hervorgetreten, die mit einem lächerlich geringen Kapital Millionengeschäfte macht und der Strelitzischen Bank 11 Millionen schuldet.

Bei allen diesen Mitteilungen ist zu berücksichtigen, daß die Strelitzische Bank die Schuttabladestelle der Pommerschen war.

Die Direktoren Schulz und Romeick sind noch in Haft.

Am Mittwoch wurden an der Börse erheblich weniger Pfandbriefe der beiden Banken angeboten, als die Tage vorher. Die Kurse fielen trotzdem ein wenig. —

* * *

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet über den Verlauf der Sitzung:

Die Generalversammlung der Mecklenburg-Strelitzischen Hypothekenbank war stark besucht. Staatskommissar Regierungsrat Dr. Selmer bemerkte, die Regierung habe eine Revision der Taxen verlangt die noch nicht beendet sei. Die Regierung habe außerdem die Wahl einer Revisionskommission, bestehend aus den beiden Mitgliedern des Aufsichtsrats Geh. Rat Schubart und Redakteur Christians in Berlin beantragt. Dem Verlangen der Behörde, einen tüchtigen Hypotheken-Fachmann in die Direktion zu wählen, sei seitens der Bank nicht Folge gegeben worden. Der Geschäftsbericht entspreche nicht dem Mindestmaß dessen, was die Aktionäre verlangen könnten. Er fordere den Vorstand auf, weitergehende Erklärungen hier abzugeben, außerdem stelle er anheim, einen Bericht eines vereidigten Bücherrevisors zu veranlassen. Direktor Bühler verlas hierauf den Bericht, der über die Geschäftsverbindung mit der Pommerschen Hypotheken-Aktienbank der Immobilien-Verkehrsbank und der Firma Schuhmacher, G. m. b. H., Aufschluß giebt. Diese Mitteilungen hatten sehr heftige Debatten im Gefolge, in denen die Sicherstellung der zweistelligen Hypotheken angezweifelt und die Verbindung mit der Pommerschen Hypotheken-Aktienbank heftig angegriffen sowie die Forderung gestellt wurde, daß die Immobilien-Verkehrsbank in Liquidation treten solle. Nach Schluß der Debatte wurde die Bilanz mit 6412 gegen 944 Stimmen genehmigt. Darauf wurde der Revisionskommission einstimmig und den andren Mitgliedern des Aufsichtsrats sowie dem Vorstande mit 6179 gegen 798 Stimmen Decharge erteilt. Hierauf wurden die Neuwahlen zum Aufsichtsrat vollzogen. Es wurden gewählt: Kammerherr Landdrost v. Fabrice-Strelitz, Geh. Hofrat Meyer-Neustrelitz, Kaufmann Leo Frieden-Lippstadt, Rechtsanwalt Brunswig-Neustrelitz, Gutsbesitzer Weise-Lindenberg, Justizrat Munckel-Berlin, Geh. Hofrat Linde-Neustrelitz, Bankier W. A. Hansen-Berlin und Bankier Benno Lazarus-Brandenburg.

Nach dem Vorgang der „Welt am Montag" versuchen einige auswärtige Blätter aus Bernsteins Vortrag im socialwissenschaftlichen Studentenverein parteipolitischen Nutzen zu schlagen. Der Verlauf der zahlreichen theoretischen Diskussionen innerhalb der Socialdemokratie, die zu manchen Zeiten weit erregtere waren als in den letzten Jahren, hat die bürgerlichen Parteien noch immer nicht gänzlich in der seltsamen Hoffnung erschüttert, daß die Socialdemokratie durch derartige Auseinandersetzungen Schaden nehmen werde oder gar einer Spaltung entgegengehe. Diese viel enttäuschte Hoffnung verleitet auch jetzt wieder sowohl das leitende Blatt des Centrums als dasjenige der nationalliberalen Partei in Köln zu eilfertiger Ausbeutung des von uns erwähnten Gerlachschen Artikels in der „Welt am Montag". Eilfertig und gründlich verfehlt sind die Hoffnungen der genannten Blätter schon um deswillen, als die Wiedergabe der Bernsteinschen Ausführungen in der „Welt am Montag", auf die sie sich stützen, keinerlei Anspruch auf Richtigkeit erheben darf. Der Bericht der „Welt am Montag" war vielmehr, wie Genosse Bernstein uns mitteilte, teils falsch, teils einseitig übertreibend. Der Vortrag Bernsteins wird demnächst im Druck erscheinen, so daß sich das Kölnische Zeitungspaar bald selbst überzeugen kann, wie verfehlt auch dieses Mal seine verzückten Hoffnungen waren.

Wenn aber die „Kölnische Zeitung" sagt, es sei bezeichnend, daß der „Vorwärts" auf Bernsteins Kritik des Marxismus gar nicht eingehe, so mag sie nicht ganz Unrecht haben. Dies ist allerdings bezeichnend. Der „Vorwärts" und die socialdemokratische Partei haben sich vor zwei Jahren ausführlich und gründlich mit den durch Bernstein angeregten Fragen der Theorie wie der Parteipraxis befaßt. Die betreffenden Beschlüsse des Parteitags in Hannover sind als vorläufiger Abschluß der damaligen Auseinandersetzungen anzusehen. Neues ist aber seitdem vom Genossen Bernstein in diesen Dingen unsres Wissens nicht beigebracht worden, so daß wir allerdings im Augenblick keinerlei Anlaß haben, schon Erledigtes nochmals zu wiederholen.

Uebrigens müßten die bürgerlichen Blätter, wenn ihnen an ehrlicher Erkenntnis der Parteiverhältnisse läge, zugestehen, daß die Meinungsverschiedenheiten in unsrer Partei verschwindend gering sind gegenüber den Gegensätzen in den bürgerlichen Parteien, insbesondere in der Centrumspartei und in der nationalliberalen Partei sind, deren Bestand nur mühselig und unter Preisgabe aller einheitlichen Grundsätze erhalten wird. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Ueber die macedonische Frage machte der Minister des Aeußern, Graf Goluchowski, im Auswärtigen Ausschuß der ungrischen Delegation bemerkenswerte Ausführungen. Er konstatierte, daß es trotz wiederholt aufgetauchter bedenklicher Anzeichen gelungen sei, dem Gang der Ereignisse einen ruhigen Verlauf zu sichern. Inwieweit zugleich ein Schluß daraus für die Zukunft möglich sei, könne heute mit Rücksicht auf die Verhältnisse im nächsten Orient kaum jemand bestimmen, da selbst das glücklich bestehende Einvernehmen Oestreich-Ungarns mit Rußland dort nicht immer wirksam aufzutreten vermag. So anerkennenswerte Dienste dieses Einvernehmen den Friedensinteressen leistete, wäre es doch Schönfärberei, dieses enge Zusammengehen als eine Panacee gegen alle Ueberraschungen hinzustellen. Der Minister warnt ernstlich vor solcher Auffassung. Die Verständigung von 1897 biete sehr wertvolle Garantien gegen eine schädliche Rückwirkung der Balkanereignisse auf die Beziehungen zwischen Oestreich-Ungarn und Rußland. Es wäre aber Vogelstraußpolitik, daraus zu folgern, daß sie alle Ausbrüche fern zu halten vermögen. Gewisse unfreundliche Symptome haben zu erhöhter Wachsamkeit geführt, damit man nicht eines Tags einer Lage gegenüber stehe, die nicht ohne weiteres acceptiert werden könnte. Gewiß sei, daß Oestreich-Ungarn keine territorialen Vorteile auf Kosten andrer anstrebe. Die wiederholte Auftischung der abgeschmackten Legende über das Gegenteil bezwecke nur durch wenig wählerische Ausstreuungen die öffentliche Meinung gegen Oestreich-Ungarn zu mobilisieren, um Deckung für die eignen

Machenschaften zu gewinnen. So wenig Oestreich-Ungarn an eine Erweiterung seines Besitzstandes denke, so wenig könne es Anschläge gegen die bestehende politische Ordnung der Verschiebungen zugeben, die eine Schädigung seiner vitalen Interessen oder eine Bedrohung seiner Machtstellung involvieren. Zu den bedenklichen, die Aufmerksamkeiten Oestreich-Ungarns besonders fesselnden Balkanerscheinungen gehöre die gegenwärtige mit der macedonischen Frage zusammenhängende Agitation in Bulgarien, sowohl wegen der Gefahr für die Beziehungen Bulgariens zur suzeränen Macht als auch wegen des fatalen Einflusses auf andere. Wenn die Umtriebe des revolutionären Komitees in Bulgarien schon zu einer bedauerlichen Spannung zwischen den Kabinetten von Bukarest und Sofia geführt und die Beunruhigung in den Nebenländern gesteigert hätten, so ließen sich ohne Sehergabe die Konsequenzen eines etwaigen Konfliktes für die allgemeine Balkanlage ermessen. Es fehle nicht an eindringlichen Mahnungen der Mächte an die bulgarische Regierung, welcher der Vorwurf nicht zu ersparen sei, daß sie durch zu nachsichtiges Geschehenlassen manche Schuld an der Situation trägt, welche jedoch in jüngster Zeit in Beherzigung der erhaltenen Ratschläge Maßregeln ergreift in der Richtung, die auf den löblichen Vorsatz hinweisen, dem tollen Treiben der zu einer förmlichen Nebenregierung erwachsenen Komitees endlich einen Riegel vorzuschieben. Es wäre hoch wünschenswert, daß die nunmehr korrekte Haltung Bulgariens ihre Ergänzung in einer Besserung der Verwaltungsverhältnisse in den macedonischen Vilajets findet, da die von der Türkei ergriffenen umfangreichen Repressivmaßregeln allein zu einer dauernden Beruhigung nicht genügen dürften.

Lemberg, 22. Mai. In der Ortschaft Monasterzyska kam es zwischen Bauern und der Gendarmerie wegen Streitigkeiten auf den herrschaftlichen Besitzungen zu einem Zusammenstoß, wobei zwei Personen getötet, zweitödlich und mehrere leichter verletzt wurden.

England.

Die Gefahr der Vermilitarisierung rückt für England in drohendste Nähe.

Laffans Bureau telegraphiert aus London am 22. Mai: **Lord Raglan,** der Unter-Staatssekretär im Kriegsministerium, sagte in einer Rede, daß wenn nach dem neuen Plan für die Armee-Organisation, infolge des gebotenen Soldes nicht hinreichend Leute herangezogen werden könnten, um alle die Stellen in der Armee zu besetzen, die **allgemeine Wehrpflicht** eingeführt werden müßte. Die Engländer sollten nicht vor dieser Idee zurückschrecken oder glauben, daß es ein unenglischer Gedanke wäre, es sei die **einzige Alternative.**

So rächt sich die imperialistische Raubpolitik Englands. Nicht allein der Boerenkrieg, sondern mehr noch der Chinakrieg hat Englands militärische Schwäche einem starken Gegner gegenüber bewiesen. England hat in China nicht nur Rußlands Anmaßungen ruhig zusehen müssen, es hat auch durch die Entsendung minderwertiger indischer Eingeborenen-Regimenter einen positiven Beweis seiner militärischen Schwäche in Indien geliefert. Nun muß es dem Landmilitarismus, um sein verlorenes Prestige wiederzugewinnen, ungeheure Opfer bringen, muß es womöglich die festländische Vermilitarisierung über sich ergehen lassen! Und das zu einer Zeit, wo es das Marinewettrüsten ihm sauer genug macht, auch nur auf dem Gebiete des Wassermilitarismus seinen Vorrang zu behaupten. —

Spanien.

Barcelona, 21. Mai. Die katalonische und die republikanische Partei, deren Niederlage bei den letzten Wahlen amtlich anerkannt worden ist, beabsichtigen am nächsten Donnerstag bei der amtlichen Verkündigung der gesamten Wahlergebnisse öffentlich Protest zu erheben.

Man spricht hier von einer allgemeinen Schließung der Fabriken und Handelshäuser.

Rußland.

Eine Polizei-Attacke gegen Arbeiter wird von dem Amtsblatt der Petersburger Präfektur in folgender Weise gemeldet:

In den Obuchowschen Eisenwerken in dem auf dem Wege nach Schlüsselburg gelegenen Dorfe Alexandrowsky weigerten sich am 20. d. M. nach der Mittagspause etwa 200 Arbeiter verschiedener Abteilungen der Werke, die Arbeit wieder aufzunehmen. Von dem Gehilfen des Direktors, dem Oberstlieutenant Iwanow, nach dem Grunde ihres Verhaltens befragt, trugen die Arbeiter ihm ihre Beschwerden vor. Die Versuche des Oberstlieutenants, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, schlugen fehl, und die Arbeiter, die sich in die verschiedenen Abteilungen der Werke zerstreut und mit der Sirene das Zeichen zur Einstellung der Arbeit gegeben hatten, begannen mit Gewalt die Maschinen zum Stillstand zu bringen. Oberstlieutnant Iwanow, der nur über 40 Mann verfügte, suchte die Unterstützung der Polizei nach; es wurden alsbald zwei Eskadrons Gendarmen, eine Abteilung berittener Polizisten und 200 Schutzleute an Ort und Stelle entsandt. In der Zwischenzeit hatten die Arbeiter, in der Zahl von etwa 3600, die Arbeit eingestellt und begannen unter Pfeifen und Lärmen das Werk zu verlassen. Ein Wächter, der am Thorweg stand, wurde von einem Arbeiter durch einen Messerstich verwundet; der Arbeiter wurde verhaftet. Ein Polizei-Unteroffizier wurde durch einen aus der Menge geschleuderten Stein im Gesicht getroffen. Die Arbeiter hatten sich auf dem Wege nach Schlüsselburg und in den benachbarten Häusern angesammelt; der Verkehr der Straßenbahn wurde unterbrochen. Der Polizeimeister Oberst Palibin, der die Polizei befehligte, gab, in Befürchtung weiterer Verwicklungen, den Befehl, die Menge zu zerstreuen. Aufforderungen blieben erfolglos, worauf die Gendarmerie und berittene Polizisten gegen die Menge vorgingen, welche mit Steinwürfen antwortete. Individuen, die sich hinter Einfriedigungen und in die Häuser geflüchtet hatten, schleuderten ebenfalls Steine gegen die Polizei, die sich in die Obuchowschen Werke zurückziehen mußte. Oberst Palibin zog hierauf eine Abteilung Soldaten vor, die auf dem Hofe der Werkstatt in Bereitschaft gestanden hatte; diese griffen mit den Polizisten von neuem die Arbeiter an, wurden aber wiederum mit Steinwürfen empfangen; auch einige Schüsse fielen aus der Menge. Nunmehr ließ Oberst Palibin drei Salven abgeben, nach welchen die Menge nach verschiedenen Richtungen auseinanderstob. **Ein Arbeiter wurde getötet, 8 wurden verwundet.** In diesem Augenblick trafen mehrere Compagnien Infanterie ein, mit deren Hilfe der Oberst die benachbarten Häuser räumen ließ, aus denen immer noch Steine geworfen wurden. 120 Personen wurden verhaftet. Beim Zusammenstoß war Oberst Palibin am Kopfe und am Bein von Steinen getroffen worden. Ein Polizei-Unteroffizier und 11 Polizisten wurden verletzt, davon 7 mehr oder weniger schwer. Einer der verwundeten Arbeiter ist gestern gestorben; die übrigen wurden in Krankenhäuser gebracht.

Daß dieser Polizeibericht nur eine Rechtfertigung blutiger Polizei-Attacken darstellt, braucht nicht erst bemerkt zu werden. Eine Darstellung der andren Seite wird nicht ausbleiben. —

Asien.

Ein Nachfolger Aguinaldos. „Laffans Bureau" telegraphiert aus Manila vom 22. Mai: Es ist allgemein bekannt, daß die Verhandlungen des föderalistischen Hauptquartiers über die Kapitulation des Insurgentenführers Malvar gescheitert sind. Malvar proklamierte sich selbst zum Präsidenten als **Nachfolger** von **Aguinaldo.** Ein starkes Aufgebot von Militär wird wahrscheinlich gegen ihn abgesandt werden.

Der Boeren-Krieg.

Eine englische Schlappe.

Lord Kitchener berichtet aus Pretoria: In einem Gefecht bei Grobelaar wurde eine berittene australische Infanterie-Abteilung angegriffen, ein Offizier, fünf Mann getötet, ein Lieutenant und acht Mann verwundet. Ein Mann wird vermißt. Der Boerenkommandant bewies so hervorragende strategische Kenntnisse, daß man glaubt, De Wet habe auf der Gegenseite befehligt. In dem Telegramm wird noch hinzugefügt, daß die Boeren sich immer mehr in der Kapkolonie konzentrieren. Auch verlaute, sie ständen unter dem Kommando De Wets.

Fest steht, daß die Engländer wieder einmal auf dem Boden der Kapkolonie eine Schlappe erlitten haben. Da diese unangenehme Thatsache nun einmal zugegeben werden muß, soll es wenigstens kein Geringerer als De Wet sein, dessen hervorragenden strategischen Kenntnissen der englische Kommandeur unterlegen ist. Daß De Wet nach den englischen Meldungen schon seit Monaten hochgradig nervös ist, scheint nach der Auffassung Kitcheners dessen strategischen Fähigkeiten keinen Abbruch gethan zu haben. Dann ist die Nervosität also eine sehr harmlose.

Besser schnitt ein andres englisches Detachement bei einem andren Scharmützel in der Kapkolonie ab. Es wird darüber aus Middelburg gemeldet:

Bei einem von Oberst Scobell in der Nacht vom 19. d. M. unternommenen Angriffe verlor der Kommandant Malan alle Reservepferde, da 38 erbeutet wurden. Zahlreiche Boeren mußten ohne Sattel zu Pferde steigen, da die Sättel auf der Flucht zurückgelassen waren. Die Engländer nahmen die Verfolgung gestern wieder auf und stießen auf eine Abteilung Boeren, die in einer starken Stellung entdeckt, aber durch einige Geschosse aus derselben geworfen wurden; die Boeren-Abteilung wurde darauf von einer Yeomanry-Patrouille vom Rücken aus angegriffen und sechs Mann kampfunfähig gemacht. Aus den Kämpfen der beiden letzten Tage geht hervor, daß die Truppe Malans vollkommen desorganisiert ist. Unter den 80 Mann, die unter dem Befehl Lategans stehen, befinden sich nur 3, welche zu den Aufständischen aus der Kapkolonie gehören.

„Völlig desorganisiert" sind die Boeren bekanntlich dann jedesmal, wenn sie sich aus strategischen Gründen vor einem überlegenen Feinde zurückziehen, statt sich zwecklos mit dem Feinde zu messen. Die Einsicht dafür, daß für die Boeren diese jeden unnützen Verlust vermeidende Taktik des Ausweichens die einzig vernünftige ist, sollte die englische Kriegsberichterstattung doch allmählich auch bei dem englischen Publikum als vorhanden voraussetzen.

Englischer Raubzug im Oranje-Freistaat.

Nach einer Depesche aus Newcastle haben die Streifzüge, welche im westlichen Oranjegebiet unternommen wurden, die Erbeutung einer großen Menge Vieh herbeigeführt. Ungefähr 3000 Pferde, 20 000 Hammel und 2000 Stück Hornvieh sind erbeutet worden. Die Boerenfamilien sind nach Newcastle abgeschoben worden. Die Boeren setzen das Gras in Brand; die Feuersbrunst kann von den Drackensbergen aus gesehen werden.

Die englischen Truppen führen also wenigstens den Krieg gegen das liebe Vieh mit einigem Erfolg; ihre Humanität zeigt sich darin, daß sie die ausgeplünderten Boerenfamilien, statt sie einfach verhungern zu lassen, nach den besetzten Städten „abschieben". Eine Humanität, die freilich insofern ihren Lohn in sich trägt, als die abgeschobenen Weiber und Kinder nach Bedarf auch als „Gefangene" figurieren können.

4000 Mann Verstärkungen

sollen, wie verlautet, nach Südafrika abgehen. Und zwar Milizen in der angegebenen Stärke, die in Aldershot mobilisiert wurden. 4000 Mann Verstärkung wäre nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Die Kriegskosten

haben nach amtlicher Mitteilung des Finanzministers bereits die Höhe von 147 657 000 Pfund Sterling, **also drei Milliarden Mark,** erreicht! Danach ist alle Aussicht vorhanden, daß auch noch die **vierte** Milliarde erreicht wird.

Die Tages-Verlustliste

für den 21. Mai beziffert sich auf 8 Tote, 20 Verwundete, 34 an Krankheiten Verstorbene und 97 Schwerkranke.

Die Pest.

Aus Kapstadt werden vier neue Pestfälle gemeldet. Ferner wurden zwei Leichen aufgefunden, ohne daß eine Erkrankung der betreffenden Personen der Behörde gemeldet worden wäre.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Gefährliche Posten.** Wegen Schutzmannsbeleidigung wurde der Redacteur der „Bielefelder Volkswacht", Genosse Zenker, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Sein der Beihilfe zu dieser Beleidigung mitangeklagter Kollege Hoffmann wurde freigesprochen. Der Verhandlung lag ein Vorgang zu Grunde, über den der „Volkswacht" ein völlig entstellter Bericht gegeben worden war. Der Kutscher Heidemann hatte mit seiner Ehefrau und einer andren ledigen Frauensperson in trunkenem Zustande Lärm und Unfug verübt; dem einschreitenden Beamten widersetzten sie sich. Ueber den widerlichen Vorgang hatte Heidemann selbst an die „Volkswacht" berichtet. Er war deshalb mit seiner Frau und der andren Frauensperson mit den angeklagten Redacteuren auf der Anklagebank, um sich wegen Beleidigung, groben Unfugs, Widerstands 2c. zu verantworten. Heidemann erhielt vier Monate Gefängnis, seine Frau 1 Monat und die andre Person 30 Mark Geldstrafe.

Der Vorgang zeigt wieder, wie mißtrauisch Redaktionen gegenüber den Mitteilungen selbst von Augen- oder Ohrenzeugen zu sein haben. Besonders wenn diese selbst beteiligt sind, geht denselben sehr leicht die Objektivität verloren, auch wenn sie dabei eine einwandsfreiere Rolle gespielt haben, als in obigem Fall der Betreffende gespielt zu haben scheint. Giebt es doch überhaupt nicht allzuviele Leute, die im stande sind, etwas Miterlebtes oder Gesehenes richtig wiederzugeben. Und es ist dies überhaupt nicht leicht; kaum zwei Leute werden ein und denselben Vorgang in genau derselben Weise schildern. Stimmt dann das Bild nicht in allen Punkten auf das genaueste, so erfolgt bei einer eventuellen Anklage unbedingt eine Verurteilung. Doppelte Vorsicht haben deshalb Redacteure socialdemokratischer Blätter zu üben, und man sollte es ihnen nicht verübeln und falsch auslegen, wenn sie nicht jeder Beschwerde und jeder Mitteilung ohne weiteres Aufnahme gewähren. Aeußerste Vorsicht bei der Mitteilung von Thatsachen, Vermeidung jedweder Uebertreibung, das sind die ersten Vorbedingungen im Verkehr mit einer Presse, deren Erzeugnisse von Staatsanwalt und Polizei mit großem Spürreifer verfolgt werden, und von denen bei der geringsten Unvorsichtigkeit die böse Absicht als vorhanden vorausgesetzt wird.

— **Genosse Rollwagen,** Redacteur der „Augsburger Volkszeitung", wurde vom dortigen Schöffengericht wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 M. und Tragung der Kosten verurteilt. In Nr. 5 der genannten Zeitung war bei einer Besprechung der Thätigkeit des städtischen Arbeitsamts in Bezug auf den Arbeitsnachweis des Wirtschaftlichen Verbands ordnungsliebender Arbeitervereine gesagt worden, das sei eine „Giftpflanze", und die Rasur dieses Düngerhaufens sei dringend erwünscht. Dadurch fühlten sich der Vorstand des genannten Verbands, Bildhauer Anton Sailer, und der Vorstand des Arbeitsnachweises in den Herrenhäusern, Werkmeister Friedrich Knopf, beleidigt.

— **Der fliegende Gerichtsstand** der Presse, welchem sich Genosse Hué bei der Klage des Staatsrats Ziller-Meiningen unterwerfen mußte und der ihm vom Koburger Gericht auch zwei Monate Gefängnis brachte, soll auch auf den gegenwärtigen Redacteur der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung", F. Langhorst, angewendet werden. Wegen Beleidigung eines sächsischen Obersteigers hat ihn der Staatsanwalt Dr. Huber in Chemnitz vor die zweite Strafkammer des dortigen Landgerichts laden lassen. Der Prozeß kann ein ziemlich umfangreicher werden, da der Angeklagte gegen 30 Zeugen verhören lassen will.

— **67 Monate Gefängnis** wird der Genosse Matthies in Elbingerode hinter sich haben, wenn er das Gefängnis von Wernigerode, das er dieser Tage auf 3 Monate bezogen hat, wieder verlassen haben wird. Diesmal soll er eine Anzahl Arbeiter in Hasselfelde beleidigt haben.

Eine sonderbare Abzugsbedingung

soll nach Londoner Meldungen Waldersee gestellt haben. Er habe nämlich den chinesischen Behörden mitgeteilt, daß die fremden Truppen Peking nicht eher verlassen würden, bis der **Hof dorthin zurückgekehrt** sei und **er selbst eine Unterredung mit dem Kaiser Kwangsü gehabt habe.** Die angedeutete Forderung Waldersees klingt etwas abenteuerlich, immerhin wäre es bei dem romantisch-bizarren Charakter des ganzen China-Kreuzzugs nicht überflüssig, daß die deutsche Regierung die englische Meldung desavouierte. Die deutsche Regierung wäre um so mehr dazu verpflichtet, als die offizielle deutsche Berichterstattung über den doch einer deutschen Oberleitung sich erfreuenden Krieg eine geradezu miserable ist.

Die Kaiserin wird ungeduldig.

Den „Daily News" zufolge hat die Kaiserin-Witwe von China ein Edikt an den Prinzen Tsching und Li-Hung-Tschang gerichtet, worin diesen befohlen wird, die Friedensunterhandlungen möglichst schnell zum Abschluß zu bringen, um dem Hof es zu ermöglichen, bald nach Peking zurückzukehren.

Zu dieser indirekten Kundgebung ihrer Entrüstung über das Verhalten der Mächte hat die Kaiserin in der That allen Anlaß.

In Südchina herrscht Ruhe.

Das Generalgouvernement von Indo-China meldet telegraphisch, daß in ganz Tongking völlige Ruhe herrsche; chinesische Banden, welche in französisches Gebiet eingedrungen waren, seien gegen die Grenze zurückgeworfen und aufgerieben worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Barbier- und Friseurgehilfen Berlins! Kollegen! Seit nahezu 5 Monaten befinden wir uns in einer Lohnbewegung, ohne daß bisher eine Entscheidung erfolgt wäre. Die Vermittelung des Einigungsamts haben die Unternehmer abgelehnt, mithin sich einer friedlichen Beilegung des Konflikts unzugänglich erwiesen.

Dabei sind unsre Forderungen so bescheiden, daß sie von den Arbeitgebern ohne Schwierigkeiten bewilligt werden könnten. Die Meister rechnen nur mit Uneinigkeit der Gehilfen und hoffen, daß von jener Seite eine entschiedene Machtentfaltung nicht zu befürchten sei. Kollegen! Ihr könnt diese Meinung zerstören, wenn Ihr der Organisation beitretet.

Wir ersuchen Euch deshalb, zahlreich am 24. Mai, abends 10½ Uhr, in der Versammlung im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, zu erscheinen. Auf der Tagesordnung steht: Der Stand unsrer Lohnbewegung und treten wir an den bevorstehenden Feiertagen in den Streik ein?

Die Lohnkommission der Barbiere.

Zur Lohnbewegung der Koffermacher wird uns geschrieben: Als im Februar d. J. die Täschner mit ihrer Lohnforderung erfolgreich durchdrangen, war es klar, daß auch die Koffermacher nicht länger zurückstehen konnten, zumal die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche bedeutend schlechtere sind als bei den Täschnern. Mehrfach aufgenommene Statistiken haben ergeben, daß Löhne von 20, 18 ja sogar 15 M. vorkommen. Die Arbeitszeit beträgt in verschiedenen Werkstätten noch 9½ bis 10 Stunden. Die Vertrauensmänner-Sitzungen haben sich eingehend damit befaßt und stellten folgende Forderungen auf, welche in der Mitgliederversammlung einstimmig zum Beschluß erhoben wurden:

1. Erhöhung der Accordpreise um 3 bis 25 Prozent.
2. Minimallohn von 24 M. für gelernte Arbeiter über 21 Jahre.
3. 15 Proz. Zuschlag für diejenigen, welche diesen Lohn bereits erhalten.
4. Tägliche Arbeitszeit 9 Stunden.
5. 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden.

Ferner mußte in einzelnen Werkstellen noch Verbesserung der sanitären Einrichtungen verlangt werden. Diese Forderungen wurden den Fabrikanten vorgelegt. In einem Schreiben an die Lohnkommission erklärten die Herren, daß sie infolge der angeblich schlechten Geschäftslage die Forderungen im allgemeinen ablehnen müßten, jedoch über einheitliche Regelung einzelner Punkte verhandeln wollten.

In der Versammlung am Sonnabend wurde die Antwort der Fabrikanten entgegengenommen und einstimmig beschlossen, eine Kommission von fünf Mann zu wählen, die die Forderungen nochmals unterbreitet und mit den Fabrikanten unterhandelt.

Aus den Verhandlungen wird sich ja ergeben, ob die Herren gewillt sind, die traurigen Zustände zu beseitigen, oder ob Sie es auf einen Kampf ankommen lassen wollen.

Der Verband der Sattler.

Lohnabzüge in der Gewehrfabrik und in der Geschützgießerei zu Spandau scheinen jetzt, wie uns von dort geschrieben wird, an der Tagesordnung zu sein. In der Geschützgießerei kommt am 23. Mai, wie wir bereits berichteten, das System der Einzelarbeit an Stelle des bisherigen Kolonnensystems zur Einführung; von demselben Zeitpunkt ab sind aber sonderbarerweise gleichzeitig die ohnehin recht knappen Accordlöhne erheblich herabgesetzt worden, und zwar bei einzelnen Arbeiten um fünfzig Prozent. Merkwürdig bleibt dabei, daß die Accordlöhne für einige Arbeiten, die auch ferner noch in einer Kolonne ausgeführt werden sollen, von der Herabsetzung nicht berührt worden sind. Der Meister Jäger, dessen Verhalten gegenüber den Arbeitern häufig Anlaß zu mancherlei Beschwerden gab, soll sich als besonders abzugseifrig erwiesen haben. Auch Arbeitern der Gewehrfabrik sind statt der mit Fug und Recht erwarteten Lohnerhöhungen — Abzüge an Accordlöhnen beschert worden; diese Abzüge verkürzen die Löhne der betroffenen Arbeiterkategorien um 20—70 Pf. pro Tag. Wenn man in Betracht zieht, daß der Lohnsatz für eine ganze Reihe von Maschinenarbeitern vor 2 Jahren noch 4 M., jetzt aber nur 3,50 M. beträgt, so wird man die Art und Weise, wie im Reiche des Herrn v. Goßler die Forderung der Arbeiter nach Erhöhung ihrer so knappen Löhne beantwortet wird, mindestens ganz unverständlich finden. Einem Teil der dermaßen entlohnten Accordarbeiter mutet die Direktion übrigens zu, an den Sonnabenden ein bis zwei Stunden ohne jede Entschädigung die Reinigung von Arbeitsmaschinen vorzunehmen. Der Arbeiterausschuß der Gewehrfabrik verlangt in einer an die Direktion gerichteten Eingabe nicht nur die sofortige Rücknahme der Lohnkürzungen, sondern auch die Erhöhung der Arbeiterlöhne, und will eventuell den ganzen Instanzenweg beschreiten. Uebrigens fand in diesen Tagen eine unvermutete Revision des Betriebes und der Verwaltung der Spandauer Militär-Werkstätten durch Abgesandte des Kriegsministeriums und der Ober-Rechnungskommission statt. Ob diese Revision mit den unzähligen Beschwerden der Arbeiter jener Musterwerkstätten im Zusammenhang steht, konnte nicht ermittelt werden.

Deutsches Reich.

Das Hamburger Gewerkschaftskartell hat in einer umfangreichen Broschüre, die 140 Seiten umfaßt, einen Rückblick auf die Thätigkeit der Gewerkschaften im Jahre 1900 gegeben, dem sich eine kurze Betrachtung über das Arbeitersekretariat, das erst seit dem 1. September v. J. besteht, anschließt. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen betrug im vorigen Jahr 36 724, es bedeutet das gegen das Jahr 1899 eine Zunahme von 4542. Damit haben die Hamburger Gewerkschaften den Höhepunkt wieder überschritten, den sie im Jahre 1890 erreichten, wo die Mitgliederzahl rund 30 000 betrug, dann aber bis 1895 auf 11 817 sank, um nun wieder eine Aufwärtsbewegung zu vollziehen. Hoffentlich erweist sich der gegenwärtige Mitgliederbestand als ein dauernder und übt die gegenwärtige Krise nicht wieder aufs neue eine zersetzende Wirkung aus. Die sehr interessante Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Hamburg konstatiert fast in allen Berufen seit dem Jahre 1890 Lohnzulagen, die, in den einzelnen Branchen verschieden, sich bis zur Höhe von 8 M. pro Woche erheben. Auffallend ist der Fortschritt, den die Tarifvereinbarung erkennen läßt. Von den 93 Gewerkschaften gaben 26 an, daß solche Vereinbarungen getroffen sind.

Die Statistik der Streiks ergiebt, daß im Berichtsjahre 8745 Personen an Lohnbewegungen beteiligt waren, die Kosten beliefen sich auf 232 528,97 M. Davon deckten allein die Hauptkassen der Verbände 170 570,81 M., während die übrige Summe durch freiwillige Beiträge, Zuschüsse der Gewerkschaften am Ort und des Kartells aufgebracht wurde. Ueber die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ergiebt die Gesamteinnahme von 617 317,51 M. eine Uebersicht, das Kartell selbst schließt mit einer Bilanz von 40 879,56 M. ab. Der Bericht ist eine recht fleißige Arbeit und bietet den Gewerkschaften ein wertvolles Material.

Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften wurde kürzlich im Reichstag von dem Centrumsabgeordneten Hitze auf 160 000 angegeben. Wir wollen gar nicht untersuchen, inwieweit die Zahl auf eine großherzige Führung der Mitgliederlisten der einzelnen Organisationen zurückzuführen ist. Jedenfalls aber muß Herr Hitze sich nun gefallen lassen, daß man die Zahl um etwa 47 000 herabmindert. Und zwar deshalb, weil die deutschen Eisenbahner-Verbände von den christlichen Gewerkschaften nichts wissen wollen. Es ist von unsrer Seite stets gesagt worden, daß die Eisenbahner-Verbände überhaupt keine Gewerkschaften sind, und sie haben sich in der That auch nicht dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen, trotz allen Liebeswerbens von dessen Seite. In der jüngsten Nummer der neu ins Leben gerufenen „Mitteilungen des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften" wird nun den spröden Eisenbahnern mit der Entziehung der Gunst des parlamentarischen Centrums u. dergl. gedroht. Es heißt da unter anderm:

„Das eine jedoch sollten auch die Eisenbahner bedenken, daß ihre Aufgaben am wirksamsten durchgeführt werden, wenn sich die Verbände der Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter der allgemeinen christlichen Gewerkschaftsbewegung anschließen. Auch die christlichen Gewerkschaften werden einen bedeutenden indirekten Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen und diese für die Interessen der Eisenbahner eintreten können. Auch die andren Socialpolitiker (gemeint ist das Centrum!) werden zum Eintreten für die vom Verband aufgestellten Forderungen dadurch gewiß nicht ermuntert, daß sich die Eisenbahner-Verbände so ängstlich absondern. Für den Eisenbahner-Verband ist es von hoher Wichtigkeit, einen Vertreter im Parlament zu haben. Dies wird der Verband ohne die Unterstützung der christlich-gesinnten Arbeitermassen (soll heißen: ohne das Centrum!) nicht gut erreichen können. Die christlichen Gewerkschaften werden aber keine Ursache haben, in dieser Richtung den Verband zu unterstützen, so lange der Verband nicht eine andre Haltung ihnen gegenüber einnimmt."

Diese Drohungen richten sich hauptsächlich gegen den stärksten der drei in Deutschland bestehenden Eisenbahner-Verbände, den Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, der seinen Sitz in Trier hat. Der Vorsitzende dieses Verbands, Herr Molz, war bei der vorigen Reichstagswahl in Mülheim-Duisburg als Kandidat des Centrums aufgestellt. Zu der demnächst für Herrn Möller dort stattfindenden Reichstags-Nachwahl aber ist Herr Molz nicht mehr vom Centrum nominiert worden. Sollte das mit der Haltung des Eisenbahner-Verbands zusammenhängen?

In Apolda sind nunmehr 115 Färberei-Arbeiter zur Erringung eines Stundenlohns von 25 Pf. in den Ausstand getreten.

Der Ausstand der Steinarbeiter in Dreyßig bei Zeitz währt jetzt 16 Wochen. Die Ausständigen haben bis auf sechs Mann in den nahen Kohlengruben Beschäftigung gefunden. Streikbrecher sind nicht vorhanden. Die Unternehmer haben sich selbst bei ihren Versuchen, die Lohnarbeit abzuschaffen und Accordarbeit einzuführen, eminenten Schaden zugefügt. Außerdem streiken die Steinarbeiter in Freiburg i. Br., in Koblenz und Gumping in Bayern. Lohnbewegungen bestehen außerdem noch in Auerhammer bei Aue (Sachsen), Mehle bei Elze (Hannover), Horst a. Ruhr, Hutzdorf und Striegau (Schlesien).

Zum Weberstreik in Cunewalde schreibt das „Cunewalder Amtsblatt": Leider ist der Streik noch nicht beendet. Auf beiden Seiten ist man zu einem Nachgeben nicht geneigt. Immer mehr Weber ziehen von hier weg, es gehen der Gemeinde eine große Zahl Steuerzahler verloren, den Geschäftsleuten die Abnehmer. Wenn das noch lange so fortgeht, ist der blühende Ort auf viele Jahre hinaus an seiner Entwicklung vernichtet. Es ist geradezu bedauerlich, daß solchen Zuständen regierungsseitig (??) kein Ende gesetzt werden kann. Den Streikenden stürzen reichlich von allen Seiten auch jetzt noch Unterstützungsgelder zu. Es wird so weit kommen, wenn wieder flotter Geschäftsgang eintritt, daß überhaupt keine Arbeiter mehr zu haben sind, denn von den von hier verzogenen Webern werden von 100 kaum 10 wieder zurückkehren. Im Interesse unsrer Industrie und des lieben Friedens halber ist es höchste Zeit, daß der Streik beendet wird. Von beiden Seiten ist die „Kraftprobe" erbracht. Durch eine Verständigung leidet keine Partei, darum müssen endlich beide Teile nachgeben, damit wieder geordnete Verhältnisse Platz greifen. Mit Gewalt ist noch nie etwas Ersprießliches zu stande gekommen. Friede ernährt, Unfriede verzehrt, das mögen die streikenden Weber, aber auch die Fabrikherren sich gesagt sein lassen. Darum vergiebt sich niemand etwas, wenn ein ehrenvoller Frieden geschlossen wird.

Ausland.

Der Ausstand der Metallarbeiter in Nordamerika.

Das Bureau Laffan telegraphiert aus New York am 22. Mai: Der Streik der Maschinenbau-Arbeiter äußert fortdauernd seine Wirkungen auf die Industrie im ganzen Lande. Die Position der Streikenden hat sich nicht wesentlich geändert. Verhandlungen über Vereinbarungen sind noch vielerorts im Gange, im allgemeinen aber sind die Vermittelungsversuche gescheitert. In den Hauptcentren der Streikbewegung nimmt die Zahl der Ausständigen zu; viele Fabrikanten in den Neuengland-, Mittel- und Weststaaten, sowie in den Staaten an der Pacific-Küste sind vollständig lahm gelegt. In der Umgebung von New York erringen die Ausständigen Vorteile und verschiedene große Fabriken haben sich ihren Forderungen gefügt. O'Connell erklärt, daß noch 50 000 Arbeiter sich im Ausstand befinden, da die Zahl derjenigen, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, durch neue Arbeitseinstellungen ausgeglichen wird.

Aus der Schweiz. In Zürich, Winterthur, St. Gallen und Luzern stehen die Friseurgehilfen in Lohnbewegungen mit folgenden Gesamtforderungen: Schluß der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen mittags 12 Uhr und gänzlicher Schluß am 1. oder 2. Feiertag von Ostern, Pfingsten, Weihnachten, sowie am Charfreitag und Bettag; Schluß der Geschäfte um 8 Uhr abends, mit Ausnahme des Sonnabends; einstündige Mittagspause, ebenfalls mit Ausnahme des Sonnabends; einen freien Nachmittag in der Woche von 1 Uhr mittags ab bis zum nächsten Morgen für jeden Gehilfen; 14tägiger Minimallohn von 20 Fr. nebst Kost und Logis, 14tägige Lohnzahlung und Kündigung. Eine Unternehmerwaffe zur Arbeiterwaffe machten die Arbeiter der Kassenfabrik Chajuns und Schweizer in Zürich. Bekanntlich erstellen die Unternehmer Arbeiterwohnungen, um die Arbeiter an die Fabrik zu ketten. Die genannte Firma hatte nun den Arbeitern bedeutende Lohnreduktionen angekündigt, worauf die Arbeiter in einer Versammlung die Kündigung sämtlicher Wohnungen in den Fabrikhäusern beschlossen. Das Mittel wirkte, die Firma verzichtete auf die Lohnreduktionen und die Arbeiter zogen die Wohnungskündigungen zurück. Ein für alle Arbeiter sehr beachtenswerter Vorgang. — In Uzwil (Kanton St. Gallen) ist der Streik der 120 Gießer der Maschinenfabrik Benninger u. Cie. nach viermonatiger Dauer mit der vollständigen Niederlage der Streikenden beendet erklärt worden. Unternehmerwillkür und Polizeibrutalität haben über Recht und Gerechtigkeit gesiegt, sagt hierüber der Sekretär Schneeberger des schweizerischen Metallarbeiter-Verbands.

Mannszucht gegen unwillliges Streiken. Wie die englischen Gewerkschaften gegen ihre eignen Mitglieder vorgehen, wenn diese ohne genügenden Anlaß in Ausstand treten, zeigt folgende Stelle aus dem Bericht des Distriktsagenten des englischen Maschinenbauer-Verbands für Wales und Südwest-England über seine Amtsführung im Monat April:

„Sudbrook, der Direktor der Schiffsbau-Anstalt, führte Beschwerde darüber, daß unsre Leute ganz unvermittelt die Arbeit niedergelegt und ihm Unzuträglichkeiten verursacht hätten; unser Verein möchte gegen die Leute Maßregeln ergreifen. Mir ward berichtet, daß die Leute mit ihren Löhnen nicht zufrieden waren und darum austraten. Ich muß sagen, daß das eingeschlagene Verfahren von jedem Gesichtspunkte aus durchaus falsch ist und der Erzielung einer Lohnerhöhung entgegenwirkt. Ich habe die Leute ihren Zweigvereinen gemeldet, und es ist unbedingt geboten, daß die Vereine die Vorschriften des Statuts gegen solche Aufführung in Anwendung bringen. Wir füllen die offenen Stellen mit andern Mitgliedern aus."

So können nur starke Organisationen vorgehen, aber Organisationen, die so vorgehen, setzen auch bei den Unternehmern mehr durch als solche, die schlaffe Disciplin üben.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 1. Wahlkreis hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, ab, in der Herr Dr. Rudolf Steiner über die naturwissenschaftlichen Fortschritte des 19. Jahrhunderts sprach. Eine Diskussion über den sehr lehrreichen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Unter Verschiedenem gab der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, den 23. Juni, ein Ausflug der Parteigenossen nach der Pferdebucht bei Köpenick stattfindet.

In der Versammlung des Wahlvereins für den vierten Wahlkreis (Südost), die am Dienstag bei Brüder, Waldemarstraße, stattfand, wurde, da der Referent verhindert war, rechtzeitig zu erscheinen, zuerst über Vereinsangelegenheiten und dabei über die Musikerfrage verhandelt. — Hierüber berichtete Genosse Böhm und führte aus, es seien des öfteren Klagen darüber laut geworden, daß die Musiker von der „Vereinigung" nicht genügend leisteten und außerdem verlangten sie auch höhere Preise von den Arbeitern als von bürgerlichen Vereinen. Als im Herbst vorigen Jahrs das Sinfonie-Konzert stattfand, waren die Genossen allgemein mit dem Gebotenen zufrieden und es wurde der Wunsch geäußert, daß derselben Kapelle auch die Musik zur Maifeier übertragen werde. Das war die Kapelle des Herrn Fischer (Charlottenburg) und sie wurde dann auch zum tarifmäßigen Satz von 10 M. pro Mann engagiert. Diese Musiker gehörten freilich nicht der „Vereinigung der Civil-Berufsmusiker" an, doch es seien so viele Beschwerden über die Leistungen der letzteren laut geworden, daß man sie nicht mehr beschäftigen konnte. Der Vorwurf der Lohndrückerei sei vollkommen ungerechtfertigt und das Vorgehen der „Vereinigung" gegen die leitenden Genossen im vierten Wahlkreis (Südost) verwerflich. — In der Diskussion erklärte der Musiker Genosse Saalberg, daß bei solch großen Festlichkeiten die Mitglieder der „Freien Vereinigung" nicht ausreichten und man dann die Kapellen durch andre Musiker ergänzen müsse. In sehr vielen Vereinen, bei deren Festlichkeiten er mitgewirkt habe, sei man mit der Musik zufrieden gewesen. — Die übrigen Redner sprachen sich alle im Sinne des Genossen Böhm aus und es wurde noch besonders hervorgehoben, daß sich in den Kapellen der Vereinigung Leute befunden hätten, die tagsüber in einem andren Beruf thätig seien und die Musik nur nebenbei betreiben. Schließlich wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß eine Besprechung über die Angelegenheit zwischen den leitenden Personen der „Vereinigung" und den leitenden Genossen stattfinden wird.

Darauf hielt Reichstags-Abgeordneter Ledebour einen Vortrag über: „Die politische Lage". Der Redner schilderte den Gang der politischen Ereignisse und ihren Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise und gab dann ein umfassendes Bild der gegenwärtigen Situation. Zum Schluß seiner oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen fordert der Redner die Genossen auf, festzuhalten an der Politik des Klassenkampfes und in der alten revolutionären Weise auf eine vollständige Umgestaltung der Verhältnisse hinzuarbeiten.

Es wurde noch auf das am Pfingstsonntag stattfindende Frühkonzert, sowie auf das am 14. Juli stattfindende Sommerfest hingewiesen. Ferner wurden die Anwesenden aufgefordert, die Apothekerliste genau zu beachten.

In einer Versammlung des sechsten Wahlvereins, die am Dienstag in Henfels Saal stattfand, sprach Dr. Weyl über das Thema: Was haben wir von einer Reform des Krankenkassen-Gesetzes zu verlangen? Der Referent wies darauf hin, daß, nach den Zeitungsäußerungen des Geheimrats Hoffmann sowie nach andren Anzeichen zu schließen, die zu erwartende Novelle zum Krankenkassen-Gesetz eine die Interessen der Versicherten schädigende Form erhalten werde. Deshalb könne das Interesse der Bevölkerung gar nicht früh genug auf diesen Gegenstand hingelenkt werden, denn es gelte, die reaktionären Bestrebungen, welche mit der Aenderung des Gesetzes beabsichtigt werden, zurückzuweisen. Vor allem seien es die Centralisation der Kassen, die Selbstverwaltung und die Aerztefrage, die bei der bevorstehenden Reform in Frage kämen. Die beabsichtigte Centralisation mit Ausschluß der Innungs- und Betriebskassen sei für die Arbeiter unannehmbar. Der Gedanke der Centralisation müsse so ausgeführt werden, daß er sich auf alle Krankenkassen ohne Ausnahme erstrecke. Die Selbstverwaltung der Kasse durch die Versicherten dürfe unter keinen Umständen beeinträchtigt werden. Die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl, wie sie die Aerzte wünschen, unter Anerkennung der ärztlichen Mindesttaxe, liege nicht im Interesse der Versicherten, denn die Arzthonorare würden dadurch auf den drei- bis vierfachen Betrag der jetzt dafür ausgegebenen Summen anwachsen, und den socialen Aufgaben der Krankenkassen, die schon unter den heutigen Verhältnissen nur mangelhaft erfüllt werden können, würden dadurch erhebliche Mittel entzogen werden. — Der Redner schloß mit der Bemerkung, es müsse aus den Reihen der Arbeiter beizeiten lebhafter Protest erhoben werden gegen die reaktionären Tendenzen, die mit der Aenderung des Krankenkassen-Gesetzes verknüpft sind. Das Attentat auf die Selbstverwaltung müsse zurückgewiesen werden. — An den Vortrag knüpfte sich eine sehr rege Diskussion, an der sich Klehn, Albrecht, Arendsee, Walther, Richter und Tischendörfer beteiligten. Auf Grund selbstgewonnener praktischer Erfahrungen erörterten die Redner das Kassenwesen nach den verschiedensten Richtungen. Allgemein wurde betont, daß an der Selbstverwaltung, die das Interesse der Versicherten in jeder Hinsicht wahrgenommen habe, nicht gerüttelt werden dürfe.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher. Freitag, den 24. d. M., abends 10½ Uhr, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 87: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Müssen wir zu den Feiertagen in den Streik treten?

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler ꝛc. (Hamburg 5). Freitag, den 24. Mai, abends 8 Uhr: Sitzung der Ortsverwaltungen Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 7.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen. Heute präcise 8½ Uhr: Versammlung. Tagesordnung: Berichte und Vortrag des Genossen Münzer.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dreibund und Handelsverträge.

Wien, 22. Mai. (W. T. B.) Delegationen. Bezüglich der allgemeinen Richtung der auswärtigen Politik Oestreich-Ungarns stellt der Minister Graf Goluchowski neuerdings fest, daß sie sich in dem sicheren Rahmen des engen Anschlusses an die Verbündeten fortbewegt, nebst parallel laufender Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu den übrigen Mächten, vor allem zu dem Nachbarstaate Rußland. Diese im Laufe der Jahre für die allgemeinen Friedensinteressen wohlbewährte Basis zu erhalten, ist unser beständiges Bestreben, und wir dürfen uns wohl zu der ganz begründeten Hoffnung bekennen, daß an ihr auch künftig nichts geändert werde. Die Tendenz verschiedener in dieser Hinsicht verbreiteter Gerüchte zur Erschütterung des Glaubens an **die Solidität des Dreibunds** ist zu durchsichtig, um nicht gleich erkannt zu werden. Derlei Ausstreuungen würden kaum besondere Erwähnung verdienen, wenn nicht zu der bisherigen Arbeit gewisser wohlbekannter Elemente **Bestrebungen andrer Kreise hinzuträten**, welche die Frage des politischen Alliance-Verhältnisses in direkten Connex mit dem **Abschluß einstiger Handelsverträge** bringen möchten. Heute, wo die wirtschaftlichen Fragen täglich an Bedeutung gewinnen, ist die These kaum mehr verfechtbar, daß ein förmlicher wirtschaftlicher Kampf sich ganz gut mit diesen politischen Beziehungen vertrage. Es ist sicher, daß ein wirtschaftlicher Modus vivendi im Interesse der Intimität dieser Beziehungen gesucht und gefunden werden muß. Der Minister drückt die Ueberzeugung aus, daß bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen sowohl mit Deutschland als mit Italien es gelingen wird, zu einer billigen, allseits beruhigenden Schlichtung etwaiger Differenzen zu gelangen. Es hieße aber weit über das Ziel schießen und einer bedenklichen Theorie Vorschub leisten, wollte man die höheren Ziele verfolgenden politischen Bündnisse von einer unbedingt zufriedenstellenden Gestaltung der handelspolitischen Fragen geradezu abhängig machen und dadurch die Erfordernisse der Staatsraison den Rücksichten materieller Natur unterordnen. Eine solche Auffassung kann bei den verantwortlichen maßgebenden Faktoren weder hier noch anderswo verfangen. Die Vorteile, welche die Dreibund-Konstellation bei ihrem eminent friedensfreundlichen Charakter und ihrer gleichmäßigen Verteilung der Rechte und Pflichten jedem der Kompaciscenten bietet, sind zu evident, um preisgegeben zu werden. Es wäre bedenklich, wenn durch eine auf keinen Widerstand stoßende systematische Verhetzung und Verführung breiter Volksschichten Strömungen entständen, die durch ihr lockerndes und zerstörendes Wesen jenen rührigen Elementen nur willkommen seien könnten, denen die gegenwärtige Gestaltung der Dinge in Europa aus wohlbekannten Gründen ein Dorn im Auge ist. Gegen derartige Anwürfe kann nicht entschieden genug durch sachgemäße Aufklärung der öffentlichen Meinung reagiert werden, damit bei dieser die Erkenntnis geweckt werde, daß, so sehr kommerzielle Angelegenheiten die weitgehendste Berücksichtigung fordern, und so sehr es vornehmlichste Pflicht jeder Regierung ist, für dieselben nachdrücklichst einzutreten, ein politisches Bündnis kein Gegenstand ist, welcher ohne Gefährdung schwerwiegender Interessen als einfaches Kompensationsobjekt ausgespielt werden darf, schon darum nicht, weil Bündnisse nicht aus Gefälligkeitsrücksichten geschlossen werden, hauptsächlich aber deshalb, weil sie einem höheren Bedürfnis entsprechen und in ihren gegenseitig sich deckenden Interessen ihre Sicherstellung finden. Wie es verfehlt wäre, in derartige Kombinationen einzugehen, weil sie Vorteile auf dem Gebiet der Handelspolitik sichern; ebenso unverantwortlich wäre es, dieselben zu verwerfen, weil sie nicht jene unbedingte Befriedigung bringen, welche vom wirtschaftlichen Standpunkt angestrebt werden könnte. So fest Oestreich-Ungarns Allianceverhältnisse stehen, so freundschaftlich ist sein Verkehr mit allen übrigen Kabinetten, mit denen es sich in ernstem, aufrichtigem Bestreben zusammenfindet, der Erhaltung des Friedens jede Förderung angedeihen zu lassen. Dieser beständigen Arbeit, diesem fortlaufenden Zuge nach Ausgleichung etwaiger Gegensätze ist es zu danken, daß die im Anfange noch befürchteten ungünstigen Rückschläge der chinesischen Angelegenheit auf die Beziehungen der in China kooperierenden Mächte vermieden wurden. Somit ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß das System rechtzeitiger Aussprache und billiger Berücksichtigung gegenseitiger Interessen, welches auf diesem Gebiet mit so zufriedenstellendem Resultat zur Anwendung kam, sich auch bei der Lösung andrer Fragen nicht minder wirksam bewähren wird.

Berlin, 22. Mai. (W. T. B.) Generalfeldmarschall **Graf Waldersee** meldet am 20. aus Peking: Li-Hung-Tschang hat sich entschlossen, die Boxer an der südlichen Demarkationslinie ernstlich zu bekämpfen. Jetzt operieren seine Generale im Verein mit französischen Truppen unter Leitung des Generals Bailloud. Hauptmann Knoerzer ereilte und zersprengte mit 3. und 8. Compagnie 3. Regiments eine entkommene Boxerabteilung von 400 Mann bei Mantscheng (22 Kilometer nordwestlich von Poatingfu). Bei der 8. Compagnie sind bis jetzt 5 Verwundete festgestellt.

Köln, 22. Mai. (W. T. B.) Wie der „Köln. Ztg." aus Peking gemeldet wird, wurde in der heutigen Versammlung der Gesandten eine Ermäßigung des China auferlegten Schadensersatzbetrags mit allen Stimmen gegen die des amerikanischen Vertreters Rockhill als nicht wünschenswert abgelehnt.

Köln, 22. Mai. (W. H.) Im weiteren Verfolg der Aburteilung der in den **Kölner Sittlichkeitsprozeß** verwickelten Personen hatte sich heute vor der hiesigen Strafkammer der 17jährige Zahntechniker-Lehrling Brandenberg, Sohn des königlichen Stadtschulrats Brandenberg, zu verantworten. Die Verhandlung fand bei verschlossenen Thüren statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten, der wie die Verhandlung ergab, durch jugendliche Dirnen verführt worden ist, zu einem Monat Gefängnis.

Kiel, 22. Mai. (W. T. B.) Der am ersten Mai zum Ausbruch gekommene Streik der Droschkenbesitzer ist durch Vermittelung des Kieler Magistrats beendet. Der öffentliche Droschkenbetrieb war bereits heute wieder im Gange.

Dortmund, 22. Mai. (W. H.) Auf der Zeche „Lothringen" verunglückte ein Bergmann tödlich; außerdem werden noch mehrere Bergleute vermißt. Die Ursache des Unglücks ist bisher nicht bekannt.

Frankfurt a. M., 22. Mai. (W. H.) Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg." aus Wiesbaden hat sich daselbst der Regierungsrat de la Fontaine, Vorsitzender der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission, erschossen.

Wien, 22. Mai. (W. T. B.) Der Marine-Ausschuß der ungrischen Delegation nahm das gesamte Marinebudget unverändert an und sprach der Marineleitung für ihre ersprießliche Thätigkeit seine Anerkennung und sein Vertrauen aus.

Petersburg, 22. Mai. (W. H.) Das Befinden des Grafen **Tolstoj** ist sehr ungünstig. Er leidet an Wechselfieber und klagt über Schmerzen in der Leber. Auf höherem Befehl werden von nun ab alle an den Grafen einlaufenden Briefe und Telegramme auf den Postämtern und Telegraphenstationen zurückgehalten.

New York, 22. Mai. (W. T. B.) Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie hatte vor seiner Abreise lange Konferenzen mit Präsident Baker, dem Vertreter des Pierpont Morgan-Syndikats. Man nimmt an, daß eine **Verständigung über die Abgrenzung der Interessen-Sphären** der Gesellschaften den Gegenstand der Verhandlungen bildete.

Southampton, 22. Mai. (W. T. B.) Im Solent sollte heute eine Probe-Regatta stattfinden. Eine plötzlich heftige Böe riß den Mast der Yacht „Shamrock II", an deren Bord sich der König befand, fort und machte die Yacht wrack; der König und alle übrigen an Bord befindlichen Personen konnten sich nur mit knapper Not retten

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Wetzker in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Seit dem 1. August 1900 und dem 28. Februar 1901 befinden sich die Glasarbeiter der Firmen Heye u. Himli, Holscher u. Comp. in Schauenstein und Nienburg in einem seit Bestehen der Glasarbeiter-Organisation einzig dastehenden Streik.

Es ist ein Kampf um die Organisation, gegen die ein äußerst kapitalkräftiger Fabrikant den vernichtenden Schlag führen will.

Durch große Summen Geldes, die ja ein 70facher Millionär entbehren kann, sind ca. 50 russische Glasarbeiter in die Fabrik eingestellt. Jedoch hat diese Zahl von 50 Arbeitern so gut wie nichts zu bedeuten, da dieselben in andrer Arbeitsweise als wie auf deutsche Art eingerichtet sind, und bei der Einrichtung der hiesigen Fabriken sehr wenig leisten können. Dagegen schreibt die gegnerische Presse, daß die Russen tüchtiges leisten, daß auch nun plötzlich eine Maschine erfunden sei und sucht unter Verdrehung der wahren Thatsachen in einem Lügengewebe die Arbeiter von ihrem wahren Ziele abzulenken.

Bereits 12 Wochen währt der Streik in Nienburg, an dem 534 Glasarbeiter, und seit dem 1. August, also ca. 40 Wochen, in Schauenstein, an dem 172 Glasarbeiter beteiligt sind. Die Glasarbeiter waren bemüht, diesen Kampf auf friedlichem Wege zu beenden. Aber eine schroffere Abweisung hat wohl noch nie eine Arbeiter-Deputation erfahren, wie die, welche wir entsandten, um eine Vermittelung herbeizuführen. Rücksichtslos wurden die Leute vom Hof gejagt, als sie mit dem Fabrikanten verhandeln wollten. Einem Arbeiter, der wirklich die Arbeit aufnehmen wollte, wurde seitens der Direktion erklärt, daß er sein Verbandsbuch abgeben müsse und 2 Jahre in der Gastwirtschaft von Fr. Henkel, des Vertrauensmanns der Glasarbeiter, nicht verkehren dürfe.

Aber gerade diese schroffe Abweisung, die Erklärung auf gänzlichen Verzicht des Koalitionsrechts, hat die Arbeiterschaft mit neuem Mut belebt. Es herrscht unter den Glasarbeitern nur eine Stimmung, und die Parole lautet: „Nie werden wir unter diesen Bedingungen die Arbeit aufnehmen".

Arbeiter, Genossen! Zur Führung eines langen Kampfes gehört Geld. Nach dem wir am 25. April eine so schroffe Abweisung erleben mußten, besaßen wir noch ca. 40 000 M. Durch die große Opferfreudigkeit der Kollegen selbst wie der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands überhaupt, sind uns namhafte Summen zugegangen. Jedoch bei der großen Zahl der Streikenden und ihren Angehörigen ist alles Geld aufgebraucht worden. Jede Woche werden rund 10 000 M. gebraucht. Der Vorstand des Centralverbands der Glasarbeiter sieht sich deshalb in die traurige Notwendigkeit versetzt, von neuem an die deutsche Arbeiterschaft heranzutreten. Es kann unmöglich der Wille der gesamten Arbeiterschaft sein, daß die Glasarbeiter durch Hunger gezwungen sind, auf ihr bißchen mühselig errungenes Koalitionsrecht zu verzichten und einem Millionär demütig zu Kreuze kriechen sollen. — Es handelt sich im ganzen Kampfe um nichts weiter, als um das Recht der Koalition. Nicht ein Pfennig soll mehr an Lohn gezahlt werden, sondern nur das Vereinigungsrecht wird verlangt.

Arbeiter, Genossen! Helft uns deshalb in unserm Verzweiflungskampf, unterstützt uns, so gut es geht, damit wir nicht durch Hunger zum Verräter am Befreiungskampfe des gesamten Proletariats werden.

Der Vorstand des Centralverbands der Glasarbeiter.

Alle Sendungen sind zu richten an den Verbandskassierer Gustav Hamann, Berlin, Lausitzerstr. 26.

Sociales.

Ueber die Zufriedenheit der Näherinnen Kopenhagens hat ein dänischer Statistiker eine Untersuchung veranstaltet. Von den 835 Näherinnen, die die Statistik umfaßt, haben 802 die Frage: „Sind Sie mit Ihren Lebensbedingungen zufrieden?" beantwortet. Es antworteten einige über die Hälfte mit „Ja"; ungefähr ein Viertel „Nein", und beinahe ebensoviele gaben eine unbestimmte Antwort, indem sie z. B. schrieben: „Ach ja", oder „Nicht immer", oder antworteten wohl „Ja" aber unter Vorbehalten, etwa so: „Ja, wenn ich gesund bin", oder: „Ja, wenn ich genug zu essen habe", oder auch sie antworteten „Ja", aber beantworteten die unmittelbar darauf folgende Frage: „oder was bedrückt Sie am meisten?" damit, daß sie über etwas berichteten, das sie bedrückte.

Werden alle diese Antworten, die zwischen dem „Ja" ohne Vorbehalt und dem reinen „Nein" liegen, unter die Bezeichnung „Einigermaßen zufrieden" zusammengefaßt, so kommen wir zu folgender Tabelle:

Zufriedene	426	oder 53,0 Proz.
Einigermaßen Zufriedene . . .	179	„ 22,5 „
Unzufriedene	197	„ 24,5 „

Des weiteren hat der Statistiker Tabellen aufgestellt über Gesundheit und Zufriedenheit, über Alter und Zufriedenheit, sowie auch über die ehelichen Verhältnisse und die Zufriedenheit der Näherinnen. Ueber das Jahreseinkommen und die Zufriedenheit giebt die folgende Tabelle Aufschluß:

Einkommen:	Ueber 400 Kr.	400—300 Kr.	Unter 300 Kr.
Zufriedene	130	157	137
Einigermaßen Zufriedene . .	44	64	71
Unzufriedene	33	58	106
Zusammen	207	279	314

Wie man sieht, vermehrt sich die Zahl der Unzufriedenen mit dem Sinken des Einkommens unter 300 Kronen ganz bedeutend und es hat sich auch aus der ganzen Statistik ergeben, daß das größte Hindernis der Zufriedenheit die Armut ist, danach kommt Krankheit, dann lange Arbeitszeit und schließlich das Alter. Da nun von all den glückverringernden Ursachen das Alter der einzige konstante Faktor ist, während alle andern Hindernisse der Zufriedenheit durch die fortschreitende Entwicklung eingeschränkt werden können, so ergiebt sich hieraus die erfreuliche Thatsache, daß es möglich ist, die Summe des menschlichen Glücks durch eine Umgestaltung der äußeren Verhältnisse zu vermehren.

Ueber das Zeitungslesen und die Zufriedenheit giebt die folgende Tabelle Aufschluß:

	Socialdemokraten	Konservat. Zeitungen	Radikale Zeitungen	Tageszeitgn. verschiedener Färbung	Nur Wochenblätter	Nur Anzeigenblatt	Keine Zeitung
Zufriedene . .	59	57	51	50	64	20	41 %
Einigermaßen Zufriedene .	20	21	27	25	12	40	24 %
Unzufriedene .	21	22	22	25	24	40	35 %

Nächst denen, die nur Wochenblätter lesen — wahrscheinlich überwiegend junge Leute, deren Zufriedenheit ihrer Jugend zuzuschreiben ist — sind die Leser des „Socialdemokraten" die am meisten zufriedenen unter den Näherinnen. Es geht daraus hervor, daß die socialdemokratische Agitation doch nicht so viel Unzufriedenheit schafft, wie vielfach angenommen wird. Wahrscheinlich ist es auch die Freude über die Fortschritte der Bewegung und die Hoffnung auf eine stetige Besserung der Lebensverhältnisse, was den Leserinnen des socialdemokratischen Blattes ein gewisses Gefühl des Zufriedenseins giebt.

Die Alkali Works Regulation Act vom 18. Juli 1881 wurde, wie die „Chemiker-Ztg." berichtet, mit Beschluß beider Häuser des Parlaments in folgender Weise abgeändert und wird in der abgeänderten Form am 1. Januar 1902 in Kraft treten: Die sauren und nitrosen Dämpfe, die bei der Fabrikation von Schwefelsäure und Natriumsulfat entweichen, dürfen, noch bevor sie mit Luft, Rauch oder andren Gasen in Mischung treten, höchstens eine Acidität (einen Säuregehalt) pro Kubikfuß zeigen, die 4 Grains Schwefelsäureanhydrid äquivalent ist. Neben guter Kondensation hat der Besitzer von Alkaliwerken alle bewährten Mittel zur Anwendung zu bringen, die dem Entweichen schädlicher Dämpfe vorbeugen oder sie unschädlich machen, so daß bei Salzsäurefabriken die von Kaminen und Schornsteinen entströmenden Gase, bei Schwefelsäurefabriken aber die in den verschiedenen Stadien der Fabrikation auftretenden und noch nicht mit Luft, Rauch oder andren Gasen vermischten sauren oder nitrosen Dämpfe eine Acidität von höchstens 4 Grains pro Kubikfuß (in Schwefelsäureanhydrid ausgedrückt) zeigen.

Die deutsche Gewerbe-Aufsicht hat noch keine derartige schützende Normen festgesetzt, obgleich die deutsche Arbeiterbevölkerung vielfach ebenfalls, z. B. in Oberschlesien und in der Umgegend von Stolberg, durch diese sauren Dämpfe leiden muß.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ein Frühkonzert veranstalten die Parteigenossen der Rosenthaler Vorstadt und des Gesundbrunnens am Montag im Lokal von Ballschmieder, Badstr. 16. Im großen Saal ist Ball. Da der Preis der Karte nur 25 Pf. beträgt, wird starker Besuch zu erwarten sein. Beginn 5 Uhr früh.

Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr findet bei Bauer, Berlinerstr. 65a, die Generalversammlung des Wahlvereins statt, in welcher der Genosse Paul Göhre über Erziehungsfragen sprechen wird.

Adlershof. Heute abend 8 Uhr findet bei Schmauser eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Georg Wagner-Charlottenburg wird über das Thema: „Die Ausbeutung der Krankenkassen durch die Apothekenbesitzer" sprechen. Bei der Wichtigkeit dieser Tagesordnung wird ein recht reger Besuch erwartet.

Lokales.

Mehr Gemeinsinn!

Aus dem Heide- und Waldgebiet um Berlin sind in der letzten Zeit verschiedene Nachrichten gekommen, die recht geeignet sind, den Naturfreund zu betrüben. Schon im vorigen Jahr war der Blumenthal hinter Strausberg in seinen schönsten Partien abgesperrt worden. In diesem Frühjahr wurde gemeldet, die Sperrung sei wieder aufgehoben worden, aber die Meldung erwies sich hinterher als wenig zutreffend. Nachdem dann vor kurzem verlautet hatte, daß eine ähnliche Sperrung für die Waldungen bei Buckow beabsichtigt werde, kommt jetzt auch aus Tegel die Nachricht, daß der Besuch des dortigen Parks verboten werden soll.

Man fühlt sich versucht, den Besitzern dieser Parks und Waldungen die Mahnung „Mehr Gemeinsinn!" zuzurufen. Durch die beabsichtigte bezw. bereits verfügte Sperrung werden Hunderttausende von Berlinern empfindlich geschädigt. Hunderttausenden wird durch den Machtspruch eines Einzelnen ein wertvolles Mittel der Erholung und Anregung entzogen. Es wird nun allerdings behauptet, die Sperrung sei nur eine Repressalie, zu der man durch das rücksichtslose Verhalten vieler Besucher gezwungen werde. So soll z. B. in Tegel, namentlich am Himmelfahrtstag, mancher Unfug verübt worden sein, der die Besitzerin des Parks erbittert hat.

Wenn dem so ist, dann müßten wir die obige Mahnung doppelt nachdrücklich an die Berliner Ausflügler richten. Solange an Naturschönheiten reiche Gebiete, wie die Umgebung von Strausberg, von Buckow, Tegel usw., sich in Privatbesitz befinden, kann den Besitzern das formale Recht, gegebenenfalls das Betreten dieser Gebiete jedem Fremden rücksichtslos zu verbieten, nicht abgesprochen werden. Wenn sie von diesem Recht keinen Gebrauch machen, so ist das ein schönes Zeichen von Gemeinsinn, das Anerkennung verdient. Um so mehr ist es zu bedauern, daß nicht in allen Berliner Ausflüglern derselbe Geist des Gemeinsinns lebendig ist. Es wäre in der That traurig, wenn für den Unfug, den einzelne, vielleicht mehr gedankenlose als rohe Elemente verüben, die gesamte Berliner Bevölkerung büßen müßte.

Gewissen Leuten werden die beklagenswerten Vorkommnisse, durch die die Sperrungen angeblich notwendig geworden sind, als ein neuer Beweis dafür dienen, wie wenig Achtung vor der staatlichen Ordnung in der heutigen Generation, zumal in Berlin, lebt. Das ist natürlich Unsinn. An den Ausbrüchen des Uebermuts, die in dem Ausflugsgebiet um Berlin verübt werden, sind nach unsrer Beobachtung alle Gesellschaftsschichten beteiligt — auch (und zwar nicht zu knapp) diejenige Schicht, aus der sich die späteren Stützen der staatlichen Ordnung zu rekrutieren pflegen. Wir meinen, daß eher ein Uebermaß von Respekt vor der „staatlichen Ordnung" — vor dem, was man heute „staatliche Ordnung" nennt — für jene Ausschreitungen verantwortlich zu machen ist.

In dem Polizeistaat, in dem wir leben, ist für die meisten Menschen lediglich die Rücksicht auf den Schutzmann, den greifbarsten Ausdruck unsrer „staatlichen Ordnung", die Richtschnur ihres Handelns. Von frühester Kindheit an wird dem künftigen Staatsbürger eingepaukt: „Thu' das nicht, sonst nimmt dich der Schutzmann mit, wenn er es sieht!" Zum Teufel doch mit eurem Schutzmann! Man gewöhne die Kinder daran, daß sie Achtung haben vor der Gemeinschaft, in der sie leben, man erziehe sie zum Gemeinsinn, nicht zur Furcht vor dem Schutzmann! Der Geist des Gemeinsinns ist ein allgegenwärtiges, nie versagendes und darum besseres Abwehrmittel gegen jene gemeinschädlichen Ausschreitungen als der Schutzmann oder der Gendarm, von denen doch nun einmal nicht vor jedem Baum einer aufgestellt werden kann.

Hier könnte die Schule wertvolle Hilfe leisten, aber wie wenig geschieht von dieser Seite, um in der Jugend das Gefühl wirklicher, durch die That sich bewährender Achtung vor dem Gemeininteresse zu pflegen. Gottesfurcht und Unterthanendemut den Kindern einzupauken, dieser Aufgabe unterzieht sich die Schule leider mit Erfolg; Gemeinsinn vermag sie nicht in ihnen zu wecken, wenn sie es überhaupt versucht. Aber es ist freilich wahr, daß die Erziehung zu dieser Tugend ohnedies auf große Schwierigkeiten stoßen muß und vielleicht manchem nicht einmal sehr empfehlenswert erscheinen wird in einer Gesellschaftsordnung, die dem Eigennutz des Einzelnen so weiten Spielraum gewährt und gerade durch Mißachtung und Verletzung des Gemeininteresses den Einzelnen zum Erfolg gelangen läßt.

Von den Gefahren der Straße. Wie sehr in Berlin die Gefährdung der Straßenpassanten durch den Wagenverkehr in neuester Zeit zugenommen hat, das zeigen folgende Zahlen. Durch Ueberfahren wurden im Jahre 1900 genau 100 Personen getötet. Dagegen waren in den fünf vorhergehenden Jahren bis 1895 zurück nur 76, 66, 70, 64, 65 Personen durch Ueberfahrenwerden zu Tode gekommen. An diesen Zahlen ist der gesamte Fahrverkehr beteiligt. Unter den im Jahre 1900 durch Ueberfahren getöteten Personen befanden sich 18 Kinder im Alter bis zu 5 Jahren, 14 von 5—10 Jahren, 8 von 10—15 Jahren, ferner 53 Personen im Alter von 15—60 Jahren und 12 Personen von mehr als 60 Jahren. Im Jahre 1899 waren unter den durch Ueberfahren Getöteten 11 Kinder im Alter bis zu 5 Jahren, 13 von 5—10 Jahren, 2 von 10—15 Jahren, ferner 42 Personen im Alter von 15—60 Jahren und 8 Personen von mehr als 60 Jahren. An der Zunahme des Jahrs 1900 sind also alle Altersgruppen beteiligt, am stärksten allerdings die Kinder. Bemerkenswert ist übrigens, daß — entgegen einer viel verbreiteten Annahme — das weibliche Geschlecht ziemlich spärlich unter den durch Ueberfahren Getöteten vertreten ist, z. B. im Jahre 1900 nur mit 23, im Jahre 1899 nur mit 15 Personen.

Ueber die Fixigkeit der Scherlschen Zeitungs- und Bilderbogen-Fabrikation plaudert ein Artikel des Dolmetschers der Boerensache, Vikars Schowalter, in der Grotthußschen Monatsschrift „Der Türmer" (Heft 8). Es heißt darin: 1. In Nr. 40 bringt die „Woche" ein Bild: „Lord Kitcheners Aufforderung zur Uebergabe wird im Boerenlager verlesen." In Wirklichkeit ist es ein altes Bild, aufgenommen im Lager vor Ladysmith, ein Jahr früher. Die darauf befindlichen Leute sind heute zum Teil in englischer Gefangenschaft. 2. „General L. Botha, der sich nach dem Norden Transvaals durchgeschlagen hat." Danach muß man an eine neue Aufnahme denken. Der dargestellte General ist aber nicht Botha, wie er aussah, als er sich durchschlug, sondern die Aufnahme ist etwa einundeinhalbes Jahr alt. 3. „Die heldenmütigen Führer des letzten Boerenaufgebots." Ganz abgesehen davon, daß es einen General Hertzog gar nicht giebt, sehen auch alle genannten Führer anders aus als die auf dem Bilde vorgestellten Personen. Das mag daher kommen, daß der Photograph, der diese „Specialaufnahmen" für die „Woche" machte, sich seit langem in Europa befindet! 4. In Nr. 11 bringt die „Woche": „Die Führer des Boerenkomitees, das gegenwärtig für die Boerensache in Europa agitiert". Keiner der drei dargebotenen Herren gehört aber einem der vielen Boerenkomitees in Deutschland an; noch weniger sind sie Führer eines derselben, sondern sie haben nur auf die Bitte dieses oder jenes Komitees über den Krieg in Afrika gesprochen, ohne an irgend welcher Agitation teilzunehmen. 5. In Nr. 18 bringt sie ein Bild unsres Kommandanten De Wet, den Text dazu hat sich die „Woche" aus den Fingern gesogen, jedes Wort ist falsch, und manches Wort ist aus purer — Gedankenlosigkeit des Redacteurs zu einer Beleidigung geworden. Alle diese Thatsachen sind dem Blatte seit Wochen bekannt, und De Wet hat sogar durch mich um Berichtigung ersuchen lassen, ohne bisher Antwort zu erhalten.

Früher war es Gustav Kühn in Neu-Ruppin und heute ist es August Scherl in der Zimmerstraße. Dem neuen Bilderbogen-Fabrikanten kann man keinen Vorwurf daraus machen, daß auch er sein Publikum nach geschäftlich bewährten Grundsätzen behandelt. Beklagen kann man höchstens die reichsdeutschen Bildungs- und Erziehungsresultate, die ein Lesepublikum hervorbringen, das an der „Woche" Gefallen findet.

Ein an die holdesten Zeiten des Mittelalters gemahnender Religionskrieg ist hierorts zwischen Katholiken und Protestanten entbrannt und hat Formen angenommen, die nicht gerade geeignet sind, die Achtung vor den kirchlichen Institutionen zu erhöhen. Die auf Frömmheit doppelt geeichte „Germania" katholischer Observanz hatte irgend etwas am protestantischen Kirchenbesuch zu glossieren gehabt. Das reizte die Galle bei den evangelischen Dienern am Wort und in dem jetzt der Kreissynode I überwiesenen Ephoralbericht holte der Vorsitzende der Synode, Superintendent Lic. Kreibig, zu scharfem Schlage aus, indem er von eingemauerten Knochen „sogenannten Heiligen" und wunderlichen Reliquien, wie das Hemd der Jungfrau Maria 2c. allerhand verlauten ließ.

Darob gerät selbstverständlich die „Germania" außer Rand und Band, spricht von Beschimpfung und Verspottung katholischer Kircheneinrichtungen, nennt die Bemerkung über die „eingemauerten Knochen" unflätig und holt schließlich als gute Wehr und Waffen gegen den protestantischen Superintendenten den § 166 des Straf-Gesetzbuchs heran, der auf Religionsbeschimpfung bis zu drei Jahren Gefängnis androht.

So nimmt sich gegenwärtig in objektiver Darstellung die Kriegslage aus. Ueber den Ausgang dieses Kampfes für die heiligsten Güter läßt sich heute nicht viel prophezeien, doch kommt dem katholischen Heerhaufen zu gute, daß es im gegnerischen Lager mit der Einigkeit nur so so bestellt ist. Als in der Synode am Dienstag der Fall Alberti zur Sprache kam, über den wir gestern unter Gerichtszeitung das Nötige berichteten, wurde sogar nach reichstäglichem Muster Obstruktion getrieben. Man sprach von Ketzergericht, und als über eine gegen Alberti gerichtete Resolution abgestimmt werden sollte, verließ die gesamte Linke den Saal, so daß Beschlußunfähigkeit konstatiert wurde und der Vorsitzende mit Bedauern die Erklärung abgab, daß er die Synode ohne Erledigung der Tagesordnung schließe. Das geschah denn auch.

Wir stehen, wie gesagt, diesen wunderlichen Kämpfen mit durchaus uninteressierter Objektivität gegenüber. Weit entfernt davon, uns irgend einer Seite zuzuneigen, wahren wir mit peinlicher Gewissenhaftigkeit jene Unparteilichkeit, die sich bescheiden in die Worte faßt: Wer da Recht hat, weiß ich nicht...

Recht erbaulich ging es gestern auch in der Kreissynode Berlin Stadt III zu. Dort verlas der liberale Pfarrer Neveling folgenden Protest: „Da die positive Partei unsrer neuen Synode grundsätzlich die liberalen Synodalmitglieder nicht als gleichberechtigt in der Synode anerkennt, so sehen diese sich genötigt, vorläufig auf jegliche Mitarbeit in Synodal-Ausschüssen und Kommissionen zu verzichten und auch bei der in jenen Gemeinden zu übenden Liebes- und Fürsorgethätigkeit lieber engeren Anschluß an kommunale und andre Institutionen zu suchen, als in synodale Organisationen einzutreten, innerhalb deren sie doch nun einmal nicht angesehen werden." Von positiver Seite wurde auf diese Streikerklärung in aller Gemütsruhe mit dem Hinweis geantwortet, daß die Liberalen, als sie früher die Majorität hatten, es ja auch nicht anders gemacht hätten.

Bewunderung verdient unter solchem Kriegszustande der fromme Glaube mancher Leute, daß es die Socialdemokratie sei, die die Bevölkerung der Kirche abspenstig mache.

Die Löhne der städtischen Arbeiter. Der vor Jahresfrist eingesetzte Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung der Magistratsvorlage über die Löhne und die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung die erste Lesung beendet. Bei einigen Arbeiterkategorien wurde die Festsetzung eines täglichen Minimallohns von 3,50 M. beschlossen. Ueber den socialdemokratischen Antrag, im Princip für alle städtischen Arbeiter, soweit sie im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, diesen Minimallohn festzusetzen, wird erst in der zweiten Lesung abgestimmt werden. Ebenso wurden einige andre, von unsern Genossen gestellte Anträge bis zur zweiten Lesung zurückgestellt. Abgelehnt wurde dagegen, als über die Befugnisse des Ausschusses hinausgehend ein Antrag, der die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für die städtischen Arbeiter verlangte.

Der Magistrat hat gestern beschlossen, das Einkommensteuer-Regulativ dahin abzuändern, daß das Ergebnis seiner Steuerveranlagung jedem Steuerpflichtigen bei einem Einkommen von mehr als 900 M. durch eine besondere Zuschrift mitgeteilt wird. Diese soll zugleich eine Belehrung über das Rechtsmittel des Einspruchs enthalten.

Um der Stadtverordneten-Versammlung eine Mitwirkung beim Zustandekommen von Polizei-Verordnungen für Berlin zu sichern, hat der Stadtverordnete Herr Dr. Friedemann im Verein mit 23 andern Stadtverordneten der Versammlung folgenden Antrag unterbreitet: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, die ihm zur Genehmigung oder Aeußerung zugehenden Entwürfe von Polizeiverordnungen für Berlin vor erfolgender Genehmigung oder Aeußerung der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der „Fall Aschinger" d. h. die Sonntagsbäckerei im Aschingerschen Betriebe bildete den Gegenstand einer Audienz, welche die Obermeister der beiden Berliner Bäckerinnungen Bernard von der „Germania" und Gemeinhardt von der „Konkordia" im Reichsamt des Innern" hatten. Bekanntlich hatte auf die Beschwerde der Bäckerinnungen hin, das Polizeipräsidium die Firma Aschinger wegen wiederholter Verstöße gegen die Bäckereiverordnung, begangen durch Sonntagsarbeit in ihrem Bäckereibetriebe, mit einem Strafmandate (10 M. für jeden Uebertretungsfall) bedacht. Die Firma beantragte gerichtliche Entscheidung und wurde sowohl vom Schöffengerichte, als von der sechsten Strafkammer des Landgerichts I freigesprochen, mit der Begründung, daß die Aschingersche Bäckerei nur einen Bestandteil des Gastwirtsbetriebes der Firma bilde und deshalb nicht von den Beschränkungen der Sonntagsarbeit, welche die Bundesrats-Verordnung festsetze, betroffen werde. Im Polizeipräsidium, wo die Obermeister ebenfalls vorsprachen, wie im Reichsamt des Innern, wurde ihnen die Versicherung gegeben, daß die Regierung in dieser so bedeutsamen Frage völlig auf dem Standpunkt der Bäckermeister stehe. Der Polizeipräsident hat gegen das freisprechende Urteil der sechsten Strafkammer Revision eingelegt, so daß nunmehr die Entscheidung beim Kammergericht ruht.

Zur Bernauer Mordaffaire. Die gerichtliche Leichenschau hat ergeben, daß der Ermordete eine wahrscheinlich von einer Revolverkugel herrührende Schußwunde in der linken Brust hatte. Die Trennung des Kopfes vom Rumpf scheint durch ein Beil ausgeführt worden zu sein. Das aufgefundene Jackett ist mit dem Stempel Langenfelde und die Hose mit Bischofswalde gezeichnet. Der Leichnam ist am rechten Arm mit den Buchstaben R. C., mit der Jahreszahl 1884 und zwei gekreuzten Schlüsseln tätowiert. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind auf den umliegenden Ländereien noch ein Hut und ein Paar Stiefel gefunden worden. Letztere passen nicht zu den Füßen des Toten und scheinen von dem Thäter umgetauscht worden zu sein. Später wurden noch auf dem Kirchhofe in Ladeburg zwei langschäftige Stiefel gefunden. Die Polizei ist in emsiger Thätigkeit. Bisher hat sich aber weder die Persönlichkeit des Opfers noch ein bestimmter Anhalt über den Thäter ermitteln lassen. Die gerichtliche Obduktion findet am Donnerstag in Ladeburg, wohin die Leiche geschafft worden ist, statt.

Ein Parvenü, wie er im — Steckbrief steht. Ein richtiger Schlächtermeister-Steckbrief ist hinter dem flüchtigen Richard Roeder erlassen worden, der, wie gemeldet, wegen wiederholten Betrugs und betrügerischen Bankrotts von der hiesigen Staatsanwaltschaft verfolgt wird. Der 34jährige Roeder, ein geborener Berliner, wird u. a. wie folgt beschrieben: Statur untersetzt, Haare: rotbraun und kurz, Stirn: breit, Bart: rotbrauner Schnurrbart, Augenbrauen: rotbraun, Nase: dick und rot, Gesichtsfarbe: gesund und aufgedunsen, Sprache: deutsch, Berliner Dialekt; besondere Kennzeichen: trägt mehrere Brillantringe und Brillant-Busennadel.

Der Buchmarder, der in Leipzig in der Person des früheren Referendars Loth festgenommen wurde, ist auch in Berlin bekannt. Hier hat sich bei der Kriminalpolizei ein Restaurateur gemeldet, dem er für eine Schuld zwei Bücher zum Pfand ließ, „Heimatlaub" und „Hohenzollernchronik". Die Bücher sind mit den Nummern 6692 und 3329 versehen und liegen für die Eigentümer im Zimmer Nr. 97 des Polizeipräsidiums.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht. Die 76 Jahre alte Witwe Adelheid Schlegel aus der Holzmarktstr. 50b wurde seit Freitag voriger Woche vermißt. Als man gestern ihre Wohnung öffnen ließ, fand man sie tot neben dem mit Wäsche gefüllten Waschfaß auf dem Fußboden liegen. — Der 35jährige Maler Emil Bundé aus der Bernauerstr. 6, der auf den Neubauten in der Magazinstr. 3—11 beschäftigt war, klagte seit vierzehn Tagen über Atemnot. Gestern nachmittag um 5½ Uhr brach er auf der Arbeitsstelle plötzlich zusammen, fiel auf einen Sandhaufen und starb nach wenigen Minuten. Bundé hinterläßt seine Frau mit vier Kindern im Alter von 3 bis 11 Jahren.

Zwei Unfälle haben den 58 Jahre alten Cigarrenhändler Wilhelm Henkner aus der Treskowstraße 34 in den Tod getrieben. Henkner war bis vor fünf Jahren Zimmermann, mußte aber diesen Beruf aufgeben, nachdem er auf einem Bau verunglückt war und sich den rechten Fuß gebrochen hatte. Er bezog eine Unfallrente und betrieb seit drei Jahren ein Cigarrengeschäft. Obwohl dieses gut ging, hatte der Mann keine Freude daran, weil der Fuß ihm noch immer Schmerzen bereitete. Nun kam am Dienstagabend noch das Unglück dazu, daß er an der Ecke der Ryke- und Treskowstraße fiel und sich eine schmerzhafte Verletzung an der rechten Hand zuzog. Seitdem war er ganz niedergeschlagen. Als er gestern morgen seinen Laden nicht aufmachte, schickten die Nachbarn zur Polizei. Diese ließ durch einen Schlosser öffnen und fand den Mann in seiner Junggesellen-Wohnung hinter dem Laden als Leiche an der Thürklinke hängen.

Der elektrisch betriebene Zug der Wannseebahn hat seine Fahrten wieder aufgenommen, fährt aber vorläufig noch leer, da es sich zunächst um eine Erprobung der neuen für den elektrischen Betrieb notwendig gewordenen Einrichtung handelt.

In Erstickungsgefahr schwebten mehrere Familien bei einem Brande, der Mittwoch früh 2 Uhr in der Schliemannstr. 3 zum Ausbruch kam. In einem auf dem Hofe belegenen Malerkeller hatten Farben, Lack, Firnis u. dgl. auf noch nicht ermittelte Weise Feuer gefangen, und da die zahlreichen Mieter noch im tiefen Schlafe lagen, hätte großes Unheil entstehen können, da der Treppenaufgang bis zum Dachboden bereits total verqualmt war, als das Feuer durch Zufall bemerkt wurde. Große Aufregung bemächtigte sich der Hausbewohner, doch thaten sie das beste, was sie thun konnten: Sie warteten in den verschlossenen Zimmern die Ankunft der Feuerwehr ab, obgleich die Situation mit jeder Minute bedrohlicher wurde. Die mit Rauchschutzvorrichtungen versehenen Feuermänner verschafften dann in erster Linie dem erstickenden Rauch im Treppenhause Abzug und beruhigten die Geängstigten. Das Feuer wurde dann in kurzer Zeit gedämpft.

Großfeuer wütete Mittwochnachmittag in der Culmstraße 10. Das fünfstöckige Eckhaus, dessen eine Seite an die Göbenstraße stößt, hat an beiden Straßen je 9 Fenster Front und ein Holzcementdach, das einen neuen Teerbelag erhalten sollte. Auf unaufgeklärte Weise geriet das Dach in Brand und fast der gesamte Dachstuhl wurde eingeäschert. Zwei kleine Kinder mußten durch die Feuerwehr gerettet werden. Als bald nach 2 Uhr der Brand bemerkt und die Feuerwehr alarmiert wurde, schien die Gefahr anfänglich nicht groß zu sein. Doch mit rapider Schnelligkeit griffen die Flammen nach allen Seiten, so daß schleunigst Mittelfeuer nachgemeldet wurde, worauf die dritte Compagnie in voller Stärke, außerdem aber der Dampfspritzenzug von der Hauptwache, sowie die Schöneberger Wehr herbeieilten. Bald verbreitete sich die Meldung, daß die im obersten Stock wohnende Familie des Bureauarbeiters Fasolt in Gefahr schwebe. Das Cementdach hatte nämlich den Rauch derart nach unten gedrückt, daß die Treppen unpassierbar waren. Zwar hatte der aus dem Geschäft herbeigeeilte Fasolt und ein Bäckergeselle versucht, bis zur bedrängten Wohnung vorzudringen, doch mußten sie auf der zweiten Treppe wieder umkehren. Brandinspektor Reinhardt, der die Ablöschung leitete, ließ die beiden kleinen Kinder und ihre Mutter durch Sappeure herabholen und gleichzeitig das Feuer von beiden Fronten mit mehreren Dampfspritzenrohren angreifen. Nach 1½stündigem Wassergeben war man Herr des Feuers, so daß ein Teil der Löschzüge wieder abrücken konnte. Die Schöneberger Wehr trat überhaupt nicht in Thätigkeit.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Einem mehrfach vorbestraften Mann sind 20 Holzrollen mit Goldgarn im ungefähren Wert von 40 M. als mutmaßlich gestohlen abgenommen worden. Das Garn ist sogenannter Goldcordonet und besteht aus dreifachem Cementgespinst auf citronengelbem Baumwollfaden. Die Rollen sind ¼ Kilorollen. Rekognoscenten wollen sich in den Vormittagsstunden von 9—1 Uhr auf Zimmer 249 des Polizeipräsidiums melden.

Feuerbericht. Gestern waren verschiedene kleine Brände abzulöschen. Lindowerstr. 25 brannte der Inhalt eines Hängebodens, während gleichzeitig Kastanien-Allee 49 Gardinen und Möbel durch Feuer beschädigt wurden. Ein gleicher Brand erfolgte Eisenbahnstraße 10. Ein Alarm nach Münzstr. 23 war durch brennendes Müll verursacht. Beusselstr. 72 war ein Schornsteinbrand zu beseitigen. Außerdem liefen noch Feuermeldungen von Oranienburgerstr. 7 und Rosenthalerstr. 2 ein, die jedoch auf ganz unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Freie Volksbühne. Sonntag, 1. Pfingsttag, nachmittag: 6. Abteilung, Lessing-Theater: „Figaros Hochzeit". 4. Abteilung, Carl Weiß-Theater: „Der grüne Kakadu". Am 2. Pfingstfeiertag: Lessing-Theater, 7. Abteilung, „Figaros Hochzeit". Pfingstausflug der Ordner am 1. Feiertag vormittag nach Schulzendorf, Heiligensee, Treffpunkt bis 10 Uhr in Tegel, Restaurant Krause, Berlinerstr. 92.

Aus den Nachbarorten.

Der Rixdorfer Magistrat hat in Aussicht genommen, in die demnächst aufzunehmende Anleihe folgende Beträge einzustellen: Für den Neubau einer Gasanstalt einschließlich eines Zuschusses zum Bau der Straße 1 750 000 M., zum Bau des Rixdorfer Stichkanals und der Uferstraßen 630 000 M., zum Bau der Straßen 88 und 88a 250 000 M., zum Bau der Straße 87 rund 40 000 M. und 40 000 M. zum Bau der Straße 19, zum Erwerb von Grundstücken a) für ein Krankenhaus 150 000 M., b) für Armen- und Pflege-Anstalten 150 000 M., an Kosten der Separation rc. zum Zwecke der Hergabe von Gebäuden zum Teltowkanal 50 000 M., letzte Rate zum Amtsgerichtsbau 100 000 M., Baukosten für ein zweites Armenhaus (wozu noch 75 000 Mark zur Verfügung stehen) 50 000 Mark. In Summa 3 210 000 Mark.

Für nicht in Rixdorf ortsangehörige Kinder, welche sich im Stadtbezirk in entgeltlicher Pflege befinden, will der Magistrat von jetzt ab ein Schulgeld von 2,50 M. monatlich erheben. Im Falle der Weigerung des endgültig verpflichteten Armenverbands, dies Schulgeld zu zahlen, soll die Ausweisung solcher Kinder aus dem Stadtbezirk erfolgen.

Die Rixdorfer Armendeputation hatte beschlossen, Frauen zur Waisenpflege heranzuziehen und es bei der jetzigen Zahl der Waisenräte zu belassen. Der Magistrat, dem dieser Beschluß in seiner letzten Sitzung vorlag, nahm lediglich davon Kenntnis.

Die Wohnungsnot in Neu-Weißensee. Der in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung erstattete Bericht der Wohnungs-Kommission gab einigen Hausagrariern Gelegenheit, ihren Unmut über die nach ihrer Ansicht ganz überflüssigen Maßnahmen der Gemeinde zur Abstellung der Wohnungsnot zu äußern. Der Berichterstatter betonte, „daß bei dem Umzuge im April der Mangel an Wohnungen nicht in besonders krasser Weise zutage getreten sei einmal durch das Eingreifen der Wohnungs-Kommission, dann aber dadurch, daß ein ganz erheblicher Teil der Wohnungslosen in Lauben usw. Unterkunft gesucht und gefunden habe. Jetzt zur Sommerszeit möge dies wohl angehen, zum Oktober aber werde die Gemeinde vor die Thatsache gestellt sein, diesen Obdachlosen Unterkunft zu verschaffen. Die Wohnungssuchenden seien zum allergrößten Teil Familienväter mit vielen Kindern und auch solche gewesen, welche keine Miete bezahlen wollen. In Fällen, wo einer dieser beiden Umstände vorhanden gewesen sei, hätten die Hausbesitzer sich energisch dagegen gewehrt, solchen Leuten Wohnungen zu vermieten und sich auch die von der Wohnungskommission veranlaßte Zuweisung solcher Personen verbeten. Die Debatte, an der sich zunächst in rein sachlicher Weise unsre Genossen Taubmann und Schillert beteiligten, wurde äußerst lebhaft, als der G.-V. Swobode die Doktorfrage aufwarf: „Weshalb jetzt die Gemeinde für die Mieter eintreten solle, da doch in früheren Jahren, als es den Hausbesitzern schlecht ergangen sei, niemand daran gedacht habe, auch für letztere etwas zu thun." Der Herr wurde aber in seinen von blindem Haß gegen die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung zeugenden Ausführungen durch die von unsern Genossen gemachten Bemerkungen und Zwischenrufe so verwirrt, daß er plötzlich die Schleusen seiner Beredsamkeit verstopft sah und schwieg. Die Wohnungskommission, deren Thätigkeit Anerkennung fand, soll weiter bestehen bleiben. Vorsitzender der Kommission ist der Kaufmann Rathmann, König-Chaussee und Lothringenstraßen-Ecke.

Friedrichshagen. Dienstagmorgen entstand in der Brauerei von Wallburg u. Pauli dadurch ein Brand, daß Abfälle glühender Asche die vor dem Kesselstande lagernden Kohlen entzündeten. Das Feuer griff schnell um sich und bald stand der Dachstuhl des Kesselhauses in Flammen. Durch die große Masse der brennenden Kohlen wurde der unter Dampf stehende Kessel stark erhitzt, so daß jeden Augenblick eine Kesselexplosion zu befürchten war. Nur durch das rechtzeitige Eingreifen und einer 1½stündigen angestrengten Thätigkeit der freiwilligen Feuerwehr gelang es, ein weiteres Umsichgreifen des Feuers zu verhindern und eine große Gefahr zu beseitigen.

Schöneberg. Unsre Herren Hausagrarier sind aus ihrer so beschaulichen Ruhe recht unsanft aufgerüttelt worden. Die selbstverständlichen Forderungen der hiesigen Bürger, der Magistrat möchte neben der Aufnahme einer umfassenden Wohnungsstatistik, bei den Stadtverordneten die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Untersuchung der Frage, was die Stadt im Augenblick zur Schaffung kleiner Wohnungen thun kann, befürworten, scheint diese Herren ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben. Der Grundbesitzer-Verein hat seinen Mitgliedern Fragekarten zugestellt, in welchen die leerstehenden Wohnungen verzeichnet werden sollen, um so ein „unanfechtbares Material herbeizuschaffen, das bei Begründung unsres Standpunkts in der Wohnungsfrage Beachtung finden muß."

Das mag ein schönes Material sein, welches, in dieser Weise zusammengetragen, dazu dienen soll, die denkende Mitwelt von dem furchtbar grassierenden Aberglauben des Bestehens einer Wohnungsnot so rasch als möglich zu befreien!

Gerichts-Zeitung.

Das Verschwinden des Stakermeisters Ernst Maiß erregte im November vor. Js. in Baukreisen besonderes Aufsehen. Der Flüchtige hatte das gutgehende Geschäft seines Vaters übernommen, besaß ein Haus in der Adalbertstraße, bekleidete mehrere Ehrenämter und erfreute sich in Baukreisen eines bedeutenden Kredits. Nach seinem Verschwinden stellte sich heraus, daß die Verhältnisse des Maiß völlig zerrüttet waren und daß er sich Wechselfälschungen in Höhe von etwa 24 000 M. hatte zu schulden kommen lassen. Die gefälschten Wechsel waren mit dem Annahmevermerk von wohlsituierten Bauherren versehen worden, mit denen Maiß in Geschäftsverbindung gestanden hatte und verschiedene Bankinstitute hatten keinen Anstand genommen, dieselben zu diskontieren. Das Haus des Maiß war über den Wert belastet, die geschädigten Banken haben keine Aussicht, je befriedigt zu werden. Es wurde hinter dem Flüchtigen ein Steckbrief erlassen, der Erfolg hatte, denn Maiß wurde in Zürich ergriffen und nach Berlin gebracht. Gestern stand er vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte gab die ihm zur Last gelegten Strafthaten zu. Er führte zu seiner Entschuldigung an, daß er selbst Verluste gehabt und dadurch in seinen Vermögensverhältnissen derart zurückgekommen sei, daß ihm die Schulden über den Kopf gewachsen seien. Bei der ersten Fälschung habe er gehofft, den Wechsel selbst vor dem Verfalltage wieder einlösen zu können, da dies aber nicht durchführbar gewesen, habe er zu neuen Fälschungen greifen müssen, bis schließlich die Katastrophe unvermeidlich gewesen. Während der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Jahren beantragte, führte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Davidsohn aus, daß nur eine einzige fortgesetzte Handlung vorliege, daß der Angeklagte nicht durch eine üppige Lebensweise, sondern durch unglückliche Geschäftsverhältnisse zurückgekommen sei und deshalb wohl ein milderes Urteil verdiene. Der Angeklagte selbst betonte noch, daß seine Ehrenämter als Bezirksvorsteher, Armenkommissions-Vorsteher usw. ihm viel Zeit geraubt hätten, wodurch er in der Wahrnehmung seiner eignen Geschäfte erheblich behindert worden wäre. Der Gerichtshof nahm zu Gunsten des Angeklagten an, daß nur drei gegen die verschiedenen Banken begangenen fortgesetzten Handlungen der Urkundenfälschung und des Betrugs vorlägen, erkannte aber doch auf eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und fünfjährigen Ehrverlust. Der Verurteilte erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Der Prozeß gegen den Kaufmann Moritz, den Inhaber des Schuldeneinziehungs-Bureaus „Berolina", der die vierte Strafkammer des Landgerichts I eine Woche hindurch beschäftigt hat, wurde gestern zu Ende geführt. Staatsanwalt Reiß schied einige von den vielen vorliegenden Betrugsfällen aus, hielt im übrigen den Angeklagten des wiederholten Betrugs, der Erpressung, Bedrohung sowie der versuchten Verleitung zum Meineide für überführt und beantragte hierfür eine Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust. Die Verteidiger, Rechtsanwalte Auerbach und Leonh. Friedmann, bemängelten besonders die Glaubwürdigkeit des Zeugen, der vom Angeklagten beeinflußt sein sollte, eine falsche Aussage unter seinem Eide abzugeben. Außer der versuchten Verleitung zum Meineide müßten nach ihrer Ansicht auch noch viele Betrugsfälle ausscheiden und ebenfalls die Strafthat der Bedrohung, die von den Betreffenden gar nicht ernst genommen worden sei. Jedenfalls sei ein viel geringeres Strafmaß am Platze, wie vom Staatsanwalt beantragt worden sei. Der Gerichtshof schied noch 22 Betrugsfälle aus und vertagte sechs andre Fälle, die mit der Nachtragsanklage verhandelt werden sollen. Die versuchte Verleitung zum Meineide wurde nicht für erwiesen erachtet. Es blieben somit 36 vollendete und 6 versuchte Betrugsfälle, Erpressung und Bedrohung übrig. Für diese Strafthaten erkannte der Gerichtshof auf insgesamt 1½ Jahre Gefängnis und 500 M. Geldstrafe. Ein Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt.

Das Urteil im Prozeß Rosenstock gegen Arendt und Genossen wurde Dienstag nach achtstündiger Beratung gegen 11 Uhr abends von der zweiten Strafkammer des Landgerichts Potsdam gesprochen. Es lautete gegen den Angeklagten Arendt auf 1200 M. Geldstrafe, gegen den Angeklagten Dr. Leipziger auf 500 M., gegen die Angeklagten Reisser und Schievelkamp auf je 200 M. Geldstrafe. Die Verurteilung erfolgte wegen Vergehens gegen § 186 des St.-G.-B. und § 20 des Preßgesetzes. Die Urteilsgründe wurden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit von dem Vorsitzenden, Landgerichtsrat Rademacher, mitgeteilt. Der Angeklagte Arendt war in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden. Der Gerichtshof war in dem gestern gefällten Urteil der Ansicht, daß eine Gefängnisstrafe nicht am Platze war, insbesondere weil eine große Anzahl der von dem Angeklagten gegen den Nebenkläger Rechtsanwalt Dr. Rosenstock vorgebrachten Thatsachen sich als wahr erwiesen haben, und weil das Verhalten des Dr. Rosenstock in den Fällen Cohn, Lautz und Bratwolf als ein sehr bedenkliches anzusehen sei.

Die Revision im Sternberg-Prozeß ist verworfen worden. Das Reichsgericht verkündigte im Sternberg-Prozeß gestern nachmittag gegen 1 Uhr das Urteil. Die Revisionen der Angeklagten Sternberg und Wender wurden verworfen, da sich sämtliche materiellen und prozessualen Beschwerden als unbegründet erwiesen.

Gestern sollte, wie wir s. Z. mitteilten, vor der Berufungsinstanz in der bekannten Privatbeleidigungssache gegen unsern Parteigenossen Paul Jahn entschieden werden. Es kam jedoch nicht zur Verhandlung, da der Termin vertagt worden war.

Ein Kind wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagt. Eine bemerkenswerte Verhandlung fand vor dem vierten Schöffengericht in Hamburg statt. Auf der Anklagebank nahm ein 13jähriger Knabe Platz, der sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verantworten sollte. Als Zeuge trat ein Schutzmann auf, der folgende Angaben machte: Er sei am 9. April auf dem Groß-Neumarkt von einem Passanten benachrichtigt worden, daß Knaben an dem öffentlichen Brunnen die Vorübergehenden mit Wasser bespritzten. Er habe daher pflichtgemäß die Knaben fortgejagt. Hierbei habe er auch den damals erst 12jährigen Angeklagten aufgefordert, sich nach Hause zu begeben. Der Knabe habe jedoch nicht gehen wollen, so daß er ihn am Aermel gepackt habe, um ihn nach Hause zu bringen. Anfänglich sei auch der Junge mitgegangen, habe sich dann aber zu Boden geworfen und sei schließlich davon gelaufen. Das ist das Vergehen, dessen sich der Knabe schuldig gemacht hat. Der Schutzmann hat seiner Instruktion gemäß von dem Vorfall Anzeige gemacht, hatte aber nicht das Gefühl, daß der Knabe ihm strafbaren Widerstand geleistet hatte. Der Amtsanwalt aber war der Meinung, daß der Knabe das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise gehabt hat. Er beantragte deshalb gegen ihn die Strafe eines Verweises. Der Verteidiger betonte dagegen, daß hier von einem strafbaren Widerstand gegen die Staatsgewalt keine Rede sein könne, sondern nur von einer kindlichen Unart. Das Kind kenne kein Strafgesetzbuch und auch nicht den Begriff „Staatsgewalt"; es betrachte den Schutzmann als „schwarzen Mann", vor dem es fliehen müsse. Im vorliegenden Falle sei der Junge deshalb davongelaufen, weil er fürchtete, von den Eltern eine Tracht Prügel zu erhalten, wenn ihn der Schutzmann nach Hause brächte. Dieser Ansicht schloß sich auch das Gericht an, es sprach den Knaben frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last.

Marktpreise von Berlin am 21. Mai 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

†Weizen, gut	D.-Ctr.	17,60	17,56	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		7,—	5,—
„ mittel	„	17,52	17,48	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	17,44	17,40	do. Bauch	„	1,30	1,—
††Roggen, gut	„	14,70	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
*Gerste, gut	„	16,—	15,—	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,90	13,90	Eier	60 Stück	3,60	2,20
„ gering	„	13,80	12,90	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
*Hafer, gut	„	16,20	15,60	Aale	„	2,60	1,20
„ mittel	„	15,50	14,90	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,80	14,20	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	7,32	6,82	Barsche	„	1,60	0,80
Heu	„	8,30	5,60	Schleie	„	2,80	1,20
Erbsen	„	40,—	35,—	Bleie	„	1,20	0,60
Speisebohnen	„	45,—	40,—	Krebse	per Schock	18,—	3,—
Linsen	„	30,—	25,—				

† ab Bahn und frei Mühle.
†† frei Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 22. Mai. Getreide. Der Umstand, daß über den preußischen Saatenstandsbericht vom 15. Mai, der heute fällig war, noch nichts bekannt war, verhinderte jegliche Unternehmungslust und die Tendenz war bei sehr eingeschränktem Handel anfangs abwartend, nachher fest, da ungünstige Saatenstandsziffern erwartet werden. Stimulierend wirkten auch die strammen Preisnotierungen aus Nordamerika. Kommissionäre waren eifrige Käufer für Weizen und hauptsächlich für Roggen. Offerten waren heute nicht bedeutend, dagegen wurden in zweiter Stunde auf

gestern nach hier verschlossene Auslandsware Lieferungen abgegeben, und die Preise gingen um eine Kleinigkeit wieder zurück. Trotzdem blieben die Notierungen für Weizen und Roggen noch etwas höher als gestern. Auch Mehl war fest. Hafer gut behauptet, Mais weiter anziehend. Rüböl lag matt. Schluß für Getreide nach einigen leichten Schwankungen ziemlich unverändert.

Spiritus kam nicht zur Notiz, da für 70er loco 30 Pf. weniger geboten wurden.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 22. Mai 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 806 Rinder, 4840 Kälber, 1820 Schafe, 12 814 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 48—50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 45—47; e) gering genährte Kühe und Färsen 40—43. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 75—77, b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 66—70, c) geringe Saugkälber 60—64, d) ältere, gering genährte (Fresser) 42—46. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—61, b) ältere Masthammel 49—56, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 45—48, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer 53—54; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 54—55; c) fleischige 00—00; d) gering entwickelte 49—51; e) Sauen 47—49. Für 100 Pfund mit 20 vCt. Tara.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 23. Mai 1901.

Etwas wärmer, trocken und vorwiegend heiter bei ziemlich frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 22. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	777	NO	4	wolkenl	9	Haparanda	771	SW	4	heiter	10
Hamburg	777	O	3	wolkenl	10	Petersburg	780	Still	—	wolkenl	10
Berlin	775	ONO	3	heiter	10	Cork	771	O	3	heiter	15
Frankf./M.	771	NO	4	wolkenl	14	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	770	O	6	wolkenl	11	Paris	767	NO	2	bedeckt	14
Wien	771	N	1	wolkenl	11						

Briefkasten der Redaktion.

Kl. 54. Lungenheilstätte Görbersdorf. Weitere Lungenheilstätten sind die in Belzig und die am Grabowsee; erstere ist vom Berlin-Brandenburger Heilstättenverein, letztere vom Volksheilstättenverein vom Roten Kreuz errichtet. Weiter sind die städtischen Heimstätten für Genesende in Heinersdorf bei Groß-Lichterfelde, Blankenburg und Malchow zu nennen.

Giesshoit. Die Walfisch-Ausstellung am Oranienburger Thor war 1888.

G. L. Adresse: Rixdorf, Kirchhofstr. 36.

Statistiker. Außer den von ihnen erwähnten statistischen Arbeiten existiert auch noch eine solche von Adolf Neumann-Hofer. Ihre beabsichtigten Arbeiten können interessant und wertvoll sein, doch läßt sich nach Ihren kurzen Mitteilungen über Tendenz und Methode erklärlicherweise kein weiteres Urteil fällen.

G. M. 100. Drei.

Tr. Abonnent. 1. Morgen. 2. Giebt es nicht. 3. Zu solchen Einreibungen nicht. 4. Der Saft ist der Birke unentbehrlich. Außerdem: Wenden Sie sich an einen Arzt! —

A. D. 73. Freigesprochen.

A. R., Marienburgerstraße. Der Klage können Sie mit Ruhe entgegensehen. Sie haften für den möglicherweise von Angestellten eines Geschäfts, das Ihnen Sachen brachte oder „zog", außerhalb Ihrer Wohnung angerichteten Schaden nicht. — **A. F. 21.** Ein Anspruch steht Ihnen leider nicht zu. — **H. C., Frauseckiistraße.** Kommen Sie in unsre Sprechstunde. — **F. W., Tischler.** Sie haben sich nicht strafbar gemacht. Strafbar ist, wer an arbeitsfreien Feiertagsstunden andre beschäftigt, nicht aber der Arbeiter, der beschäftigt wird. — **Tuchow.** 1. Als Ganzinvalide IV. Klasse standen Ihnen bislang 288, seit dem 1. April 306 M. zu. Sind Sie nur Halbinvalide V. Kl., so standen Ihnen bislang 72, fortan 192 M. Gebührnis nach dem Kriegsinvalidengesetz zu. Ferner kommt wohl für Sie folgende neue Bestimmung in Betracht: Ganzinvaliden, deren jährliches Einkommen nicht den Betrag von 600 M. erreicht, wird vom Ersten des Monats ab, in welchem sie das 55. Lebensjahr vollenden, eine Alterszulage bis zur Erreichung dieses Betrags gewährt. Stellen Sie den Antrag, die nach dem neuen Gesetz Ihnen zukommenden Gebührnisse zu zahlen. Sollten Sie nicht Kriegsinvalide sein, so sind Ihre Verhältnisse durch das neue Gesetz in nichts geändert. 2. Wenn gegen die Veranlagung zur Steuer reklamiert wird, so wird trotzdem die Steuer erhoben und, nachdem die Reklamation für begründet erachtet ist, zurückerstattet. Sie können bei der Steuerdeputation beantragen, bis zur rechtskräftigen Entscheidung Ihrer Reklamation die Steuer Ihnen zu stunden. — **P. E.** Das ist zu spät. — **W. K. 481.** 1. Nein. 2. Fordern Sie die Verwaltung zur Rückgabe auf, eventuell klagen Sie auf Rückgabe. — **O. B.** Bei Berechnung der Wartezeit für den Bezug der Invalidenrente (200 Wochen) kommt Krankheit in Anrechnung, wenn sie mit Erwerbsunfähigkeit verbunden war, mindestens 7 Tage gedauert hat, und wenn sie weder vorsätzlich noch bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens, noch durch schuldhafte Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändel, noch durch Trunkfälligkeit zugezogen war. Von der Krankheit kommt jedoch höchstens ein Jahr in Anrechnung. Die Krankheit muß (durch die Vorstände der Krankenkassen oder durch die Gemeinden) bescheinigt sein. Auch die an eine Krankheit sich anschließende Genesungszeit (ebenso wie regelmäßig verlaufendes Wochenbett, jedoch höchstens für 6 Wochen von der Entbindung an gerechnet) ist gleichfalls in die Krankheit einzurechnen. Nach alledem steht Ihrem Sohn wohl ein Anspruch auf Rente zu; es empfiehlt sich jedoch, vorher noch 8 bis 9 Marken zu kleben. — **E. M. 114.** Von der Verwaltung des Findelhauses, an das Sie sich selbst wenden wollen, wird Ihnen bereitwilligst Auskunft erteilt werden; generelle Vorschriften über die von ihnen dargelegten Punkte bestehen nicht. — **T. S. Münzstraße.** Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 23. Mai.

Opernhaus. Mamsell Angot. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Ein Schritt vom Wege. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ein Volksfeind. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Johannisfeuer. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der selige Toupinel. Vorher: Teremiete. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Gastspiel des Schlierseer Bauern-Theaters. Jägerblut. Anfang 8 Uhr.
Westen. Fidelio. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Anna-Lise. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Mitz Heldett. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Der Bräutigam vom Himmel. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Internationaler Geisha-Abend. — Die Schwäbin.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung."
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Ein Schritt vom Wege.** Lustspiel in 4 Aufzügen v. Ernst Wichert.
— Freitagabend 8 Uhr: — **Freiwild.**
Sonntagabend 8 Uhr: Zum erstenmal: **Das Gefängnis.**

Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr. Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 643. Male: **Die Geisha.** Operette in 3 Akten v. Sydney Jones. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** — Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater.
Ensemble-Gastspiel des Central-Theaters: **Die schöne Helena.** Helena: Frl. Marie Ottmann vom Theater an der Wien a. G. Paris: Herr Kunstadt. Anfang 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.
Täglich um 9¼ Uhr: **Frau Luna** mit dem berühmten Luftballett **Grigolatis.** Ferner: **10 hervorragende Specialit.** Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.

Brauerei Friedrichshain.
Montag, den 27. Mai 1901 (2. Pfingstfeiertag):
Großes Frühkonzert
arrangiert von den **Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten),** ausgeführt vom **Berliner Konzert-Orchester** unter Leitung des Herrn **Graß,** sowie unter Mitwirkung des **Gesangvereins Liedesfreiheit.**
Die Kaffeeküche ist geöffnet. Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Urania Taubenstr. 48/49. Im Theater Donnerstagabend 8 Uhr: **Unser Rhein.**
Invalidenstr. 57/62. Tägl. **Sternwarte.**

Zoologischer Garten.
Täglich nachmittags 4 Uhr: **Militär-Doppel-Konzert.** Entree 1 Mark von abends 7 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der „Völker-Arena", gegenüber dem Elefantenhause: **Beduinen-Karawane** Männer, Frauen, Kinder, mit Pferden, Dromedaren, Eseln etc. Schaustellungen, Wochentags: ½4, 5, ½7 Uhr nachm. Sonntags: 12 Uhr, von 4 Uhr ab stündlich. **Entree** direkt v. d. Strasse beim Bahnhof 50 Pf., Kinder 25 Pf., Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Friedrich-Strasse 165. Castans Panoptikum. Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte.

Schweizergarten Am Königsthor. Am Friedrichshain. An den 3 Feiertagen: **Extra-Vorstellung der 27 neuen Specialitäten-Nummern.** Am 1. und 2. Feiertag: **Früh-Konzert und Vorstellung.** Volksbelustigungen und Ball. Anfang 4½ Uhr. Von Pfingsten ab: Täglich Vorstellung.

F. BALZER'S OPTIMUM ist das einzige Kopfwaschwasser, welches alle in den Handel gebrachten Mittel für Kopfnerv- & Haarpflege übertrifft. Bei jedem Drogen- & Friseurgeschäft käuflich.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 1. Pfingstag, nachmittag 2½ Uhr im Lessing-Theater **VI. Abteilung:**
Figaros Hochzeit.
Gleichzeitig im Carl Weiss-Theater **IV. Abteilung:**
Der grüne Kakadu.
Hierauf: **Scherz und Ernst. Scenen und Lieder.**
VII. Abteilung am 27. Mai
Pfingst-Montag, im Lessing-Theater:
Figaros Hochzeit.
Achtung, Ordner! Pfingstausflug der Ordner mit ihren Angehörigen am ersten Pfingstfeiertag nach Schulzendorf, Heiligensee (Restaurant Müller). Treffpunkt: Tegel bis 10 Uhr vormittags im Restaurant Krause, Berlinerstr. 92.
Zur Orientierung über die Neueinteilung der Abteilungen in nächster Saison und den Spielplan werden die Mitglieder ersucht, die im Programm-Heft 10 d. J. erlassene Bekanntmachung des Vorstands genau zu beachten und zu verbreiten.
230/1* **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater Hasenheide 13—15. [16492*
Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Eröffnung am 24. Mai.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.** Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c. Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen: **Familien-Kränzchen.** Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, früh 5 Uhr: **Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Morgen, Freitag, den 24. Mai, abends 8¼ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15: **Sitzung der Orts-Verwaltung** und der **Werkstatt-Kontrollkommission.** 81/20

J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu! Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstraße. Täglicher Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatshosen, in den feinsten Werkstätten gearbeitet, auch für korpulente Figuren passend, zu staunend billigen Preisen. [1392L*

Möbelstoffe! auch Reste alle Qualit. selten billig! Gelegenheitskauf: **Moequett-Plüsche 5,35 M.** per Meter (130 Centimeter breit). Muster bei näher. Angabe franco. **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstr. 158.

Filzhüte für Herren fehlerfrei, neueste Form, 1.50 und 2.00, hochfeine Qualität 2.50 und 3.00, extra feine 3.50—4.50 [15329* Einzelverkauf im Hut-Engros-Lager, Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr. Cylinderhüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl.

Carl Weiss-Theater Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Bräutigam vom Himmel. Anfang 8 Uhr.
Sonnabend zum erstenmal: **Pension Schöller.** Posse in 3 Akten von Karl Laufs.
Sonntag, den 26. Mai: **Vollständige Eröffnung der Sommer-Saison.** Im renovierten Sommer-Garten: Auftreten von Specialitäten I. Ranges. Theater und Konzert.

Metropol-Theater W., Behrenstraße 55/57. Das anerkannt beste Mai-Specialit.-Programm. 16 Nummern. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. Eröffnung der Sommer-Saison am 26. Mai (1. Pfingstfeiertag): **Täglich Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.**

Rad-Rennbahn „Kurfürsten-Damm" Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 Uhr. Heute Beginn der Zwischenkämpfe. 1. G. Lurich, Odessa — G. Stronge, Berlin. 2. P. Pons, Paris — A. Zbyszko, Kiew. 3. Clément le Terrassier, Brüssel — G. Burghardt, Wien. 4. L. Pytlasinski, Moskau — W. Koch, Neuss. 5. M. Hitzler, München — A. Sturm, Charlottenburg. 6. Laurent le Beaucairois, Bordeaux — J. Petersen, Kopenhagen. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr: Fortsetzung der Zwischenkämpfe. Preise der Plätze: Loge 5 M., Innenraum-Tribüne 4 M., Innenraum 3 M., Tribüne 2,50 M., Sattelplatz 2 M., II. Platz 1 M.

Sommer-Theater „Alter Dessauer" Artilleriestr. 32.
Artistischer Leiter: Hans-Johannes. Schattiger, geschützter Theater-Garten. Eröffnung der Sommer-Saison: Sonntag, den 26. Mai (1. Pfingstfeiertag). Alle 3 Feiertage sowie täglich: Gr. Specialitäten- u. Theater-Vorstellung. Novitäten: Freiwillige nach China. Berliner auf Reisen. (Das Nähere Annoncen u. Plakate.) Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags: ½8 Uhr. Kaffeeküche von 3—5 Uhr geöffnet. Jeden Donnerstag: Elite-Premieren-Abend. Donnerstag u. Sonnabend: Tanzkränzchen. **A. Ladewig.**

Deutsche **Konzerthallen** An der Spandauer Brücke 3. Der grosse schattige Sommergarten ist eröffnet. Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.** 4 ausländische Kapellen. Die Boeren. Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème" (Künstler-Variété). Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner". Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

50 Pf. werden bezahlt für eine Fuhre Erde oder feinen Schutt in Treptow, Kiefholzstraße am neuen Schulgebäude.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. andrer gewerblicher Arbeiter. (Verwaltung Berlin D.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Friedrich Teske** am 20. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses Moabit nach dem Neuen Johannes-Friedhof (Plötzensee) statt. Um rege Beteiligung ersucht 182/18 **Die Ortsverwaltung.**

Typographia. In dieser Woche findet die **Uebungsstunde** am Freitag statt. 65/12 **Der Vorstand.**

Reichshallen Stettiner Sänger.

Eine Hochzeit in der Müllerstraße. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci Im **Garten:** Heute, Donnerstag: — Hoffmanns — **Nordd. Sänger** u. Tanzkränzchen. Ab Pfingsten täglich Soireen und Konzert. Entree: Sonntags und Wochentags 30 Pf. — Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Kaffeeküche täglich ab 4 Uhr geöffnet.

Ich wünsche jedem zu den Feiertagen Das schönste Wetter und 'nen „Wurm" im Magen.
Verlangen Sie geß. ausdrücklich **Wurms Magendoktor!**

Arbeits-Anzüge für jeden Industriezweig, kauft man billigst bei [1402L* **Adolf Wecker** 3. Mühlendamm 3.

Haben Sie Wanzen, Schwaben oder sonstiges **Ungeziefer,** so werfen Sie nicht Geld fort für nutzlose Pulver u. Tinkturen. Noa's unerreichte Specialmittel befreien Sie sicher und schnell von dieser Plage. Preis p. Port. 50, 1, 1,75 u. 3,— Mk. Einzig und allein nur **echt** beim Erfinder und Fabrikanten **Max Noa,** Berlin N., Reinickendorferstraße 48.

Goldwaren-Industrie **Belmonte & Cie.,** **Königstr. 46.**
Elektrischer Kraftbetrieb.
Grosshandel. Export. Versand nach allen Ländern.
Einzelverkauf Eingang A und B.

Goldene Damenuhren v. 16 M.
Lange gold. Damen-Uhrketten v. 20 M. an.
14 kar. gold. Herrenuhrketten per Gramm 2 M.
Silb. Stöcke 3 M., 6 M., 10 M.

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
Nach beendeter Engros-Saison gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Wäsche! Betten!
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

Bis Pfingsten täglicher Verkauf!!
Vorjährige elegante Herren-Anzüge und -Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark,
Vorjährige Herren-Beinkleider 9–12 Mk.
Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
11619*] jetzt: Köpnickerstrasse 160, Ecke Manteuffelstrasse.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**
empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 14439*
Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, coulanteste Zahlungsbedingungen

---

Dresdener Kasino
96 Dresdenerstrasse 96
empfiehlt seine 2—800 Personen fassenden **Festsäle** zu Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen zu coulanten Bedingungen.
15412* Martin Herzberg, Gastwirt.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Honig! Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurückn.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. [14892*

Restaurant Pferdebucht bei Cöpenick,
links vom Bahnhof Cöpenick in 20 Minuten zu erreichen.
Anfang 6 Uhr. Am 1. Pfingstfeiertag: **Grosses Frühkonzert.** Anfang 6 Uhr.
Ausgeführt von der 36 Mann starken Kapelle des Musikdirektors Herrn Bendt aus Cöpenick.
Abfahrt der Züge vom Schlesischen Bahnhof morgens 3,51, 4,25, 5,12, 5,34, 6,03. 16542*
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 5 Uhr ab zur gefl. Benutzung.
Es ladet zum regen Besuch freundlichst ein **Wilhelm Brüsewitz,** Besitzer.

Werner's Schuh-Magazin
BERLIN.O. Blumen-Str. 2 Ecke Wallner-Theater-Str.
SCHÖNEBERG. Haupt-Str. 150 Ecke Kaiser Friedrich-Str.
einfache und elegante Schuhwaaren sehr billig.

Künstliche Zähne
ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzelplomben etc. Langjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Neanderst. 21

Während der **Pfingstfeiertage**
Sprechst. nur v. 10-12 Uhr vorm.
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt, Berlin SW., Königgrätzerstr. 27, 9-1, 4-7.
[12719*

Herren-Anzüge
u. Paletots, eleg. Ausführung, auch nach Mah. geg. Kasse u. Teilzahlung.
J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part., kein Laden.

Taschenuhren!
sicheren Leuten auf Teilzahlung.
M. L. Bötticher & Co.,
16469*] Gr. Frankfurterstr. 92.

Alle Wanzen
sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzentod. Fl. 0,50 u. 1 M. Schwaben, Russen, Flöhe rc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schtl. 30 Pf., 60 Pf., 1 M.
1000 Mark Belohnung
zahle denjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein echt bei
Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstr. 18, Ecke Veteranenstr.

Eigene Fabrikation.
Fertige Kleider
Enorm billig
Homespunkleid 15 Mk.
Jaketkleider
elegante Façons
in Cheviot und Homespun 18 Mk., 20 Mk., in feinster Ausführung 30 Mk.
Taillenkleider
tailor made, tadell. Sitz 27 Mk., aus wasserecht dekat. Cheviot. Homespun u. Tuch, feinste Schneiderarbeit 36 Mk.
Schwarze Kleider
in neuesten Fantasiestoffen 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
Piqué-Kleider
weiß und elfenbeinfarbig elegante Façons 7,50 Mk., 10 Mk., 15 Mk.
Kostüm-Röcke
elegante Façons, gefüttert 5 Mark, 6 Mk., 7 Mk., 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., aus Seide 25 Mk., aus Alpacca 4,50 Mk., 6 Mk. bis 30 Mk. aus weiss und crême-Cheviot und Piqué 3,75, 6—8 Mk.
Morgenröcke u. Matinées
Blusenhemden
1,25 Mk., 2 Mk., 3 Mk.
Seidenblusen jetzt 8,50 M.
Staubmäntel
6 Mk., 10 Mk., 15 Mk.
Tailor made-Kragen
aus feinem Tuch, modef. u. schw. statt 20—30 jetzt 10, 12 Mk.
Schwarze, glatte u. bestickte
Capes u. Kragen
in Tüll u. Kammgarn 10 Mk., 15 Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration, günstig gelegen, sofort billig zu verkaufen. Frau Witwe Voigt, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstraße 19. 14386

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Waschanzüge, Waschkleidchen, sowie Stoffsachen sehr billig. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 5662*

Resterhandlung, Stoffreste zu Herren-, Knabenanzügen, Damenjacketts, Umhängen. Kleiderstoffe, Knabenanzüge, Herrenanzüge nach Maß. Scholz, Grünerweg 81, Sparverein Osten. †145*

Kleiderstoffe, reinwollene und seidene, staunend billig. Restbestände der Konkursmasse, Münzstraße 7.

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots. Uhren verkauft Leihaus, Neanderstraße 6. 66/1*

Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Günther, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 680K*

Maurerhämmer, Maurerkellen, Wasserwagen rc. billigst. Eisenwarenhandlung Paul Schumann, Prinzenstraße 57. 1453b

Kinderwagen, Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647K*

Fahrräder, nur gute, sowie Reparaturen. Carl Miethe, Fachmann, Große Frankfurterstraße 123. [1447b

Drahtzäune, Klaute, Berlin, Neue Königstraße 31. 536K*

Kinderwagen, spottbillig, Andreasstraße 23. 553K*

Fahrräder! Teilzahlungen. Riesenauswahl, Halbrennräder, Tourenfahrräder, Damenräder. Gebrauchte 35 Mark an. Gratisunterricht. Reparaturen sachgemäß, preiswert. Fahrräder werden verliehen. Multiplex-Industrie, Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 636K*

Fahrräder, neue, von 85 M. an, alte von 60,00 an. Heinze, Brückenstraße 6b. 629K†

Fahrradteile und Zubehör, billigste Bezugsquelle, Heinze, Brückenstr. 6b.

Fahrradzubehör! Außerordentlich preiswert. Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 636K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Nähmaschinen: Afrana, Adler, Ringschiffchen, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118, Laden. 660K*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Gaskocher! Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,— Dreilochkocher 10,— Gas-Plätteisen, Bügelapparate billig, Gas-Bratofen 12,—. Wohlauer Wassnertheaterstraße 32. 1186b

Junge Staare 80 Pfennig, Schwarzköpfe, Nonnen Paar 1,75, Nachtigallen à 4,50. Weinaß, Wienerstraße 1—6.

Papagei-Auswahl, junge Graupapageien, Amazonen, fingerzahm, sofort sprechend, 25 Mark, junge Staare zum Anlernen billig. Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 1445b

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive Nicht-Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 94/18*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, auch durch Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 62. [†150*

Laubenbau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig Kottbuser Damm 22.

Reste und Knabenanzüge, einzelne Herrenhosen, Knabenhosen, Joppen, Hemden-Blusen werden zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft. Resterhandlung Lange, Moabit, Turmstraße 84. 66/10*

Restauration, gut gehend, älterer Stellung wegen sofort preiswert zu verkaufen. Ostrowski, Ackerstraße 83.

Cigarrenabschneider 8,50. Cigarrenkisten à 3 Pfennig, circa 300, verkauft Alexanderstraße 30, Restaurant.

Fahrräder, verfallene, Riesenauswahl, Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 96/15

Damenräder, verfallen, 30,00, 50,00, 75,00 Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 96/16

Rauchmangel halber verkauft Trumeaux billig Oranienstraße 3, vorn IV Treppen rechts. 1468b

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft billig Krause, Höchstestraße 11 I.

Restauration, volle Konzession, sofort zu verkaufen. Auskunft erteilt Karl Schulz, Dieffenbachstraße 54, (Restaurant). †29*

Herrenfahrrad krankheitshalber billig Oranienstraße 38, Kley. 66/12

Herrenrad, Damenrad, 60,00, Schädel, Schmidstraße 8. 66/13

Vermischte Anzeigen.

Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtssachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billigst Franz Weldhagen, Christburgerstr. 32, Quergebäude III.

Violin-, Klavier-Unterricht, Methode Oskar Brennecke, Monatshonorar 10,00, Oranienstraße 118. [*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun

Unfallklagen. Invalidensachen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. 1089b*

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Hammemann, Kochstraße 56, Amt 4a 9944. 684K*

Kunstkopierei von Frau Kokosky Steinmetzstraße 48.

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rottnick's Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

„Wyiri", feinste Qualität, hat kein geschwefeltes Papier; wer genußreich rauchen will, raucht Wyiri-Cigaretten. 1440b

Wernaus Festsäle und Garten, Schwedterstraße 23. Sonnabends an Vereine zu vergeben. †49*

Vereinszimmer, Piano, auch Sonntags. Hermann Koch, Jasmunderstraße 10. [†66*

Zum Gemütlichen Thüringer, Wilhelmsberg, vis-a-vis den Kirchhöfen. Empfehle mein Lokal, Kaffeeküche, Kegelbahn, Garten. August Günther. †146*

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flur. 599K*

Wache auf mein Cigarrengeschäft aufmerksam. Gute Fünf- und Sechs-Pfennig-Cigarre, sowie alle Sorten Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak. Wilhelm Karpe, Neue Königstraße 7. 1463b

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratenteilung. Andreasstraße Dreiundsechzig. [66/11*

Musik-Kapelle, kleine, frei. Auskunft Friedrichstraße 30, Ulrich. [1462b*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Flureingang, 1. Juni, 1 oder 2 Herren, Fürstenstraße 11, vorn 2 Treppen rechts, Ecke Ritterstraße. 1464b

Möbliertes Zimmer für zwei Parteigenossen sofort zu vermieten. Witwe Rosenthal, Forsterstraße 54, Hof III.

Kleines möbliertes Zimmer gesucht nahe Jannowitzbrücke, Schlesischer Bahnhof. Preisofferte P. S., Postamt 17. 1460b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle mit schöner Aussicht für 1—2 Herren zu vermieten bei Stude, Pankow, Kaiser-Friedrichstraße 71, vorn III. †49*

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Laubenplatz 3 bei Frau Appel.

Schlafstelle, separat, vermietet Plehn, Adolfstraße 25, vorn parterre.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Korbmacher auf eckige grün geschlagene Arbeit verlangt W. Grodmann Rentot, Französisch-Buchholz, Hauptstraße 50, hinter der Kirche. 1434b

Einleiter außer dem Hause sucht Pinner, An der Stadtbahn 41.

Plätterin auf dauernd sucht Jeske, Große Frankfurterstraße 136. †47

Frauen zum Zeitungtragen werden verlangt Triststraße 46 a.

Konsum-Verein Berlin-Nord
(E. G. m. b. H.)
Geschäftsführer-Gesuch
zum 1. Juli cr. Bewerber wollen sich schriftlich mit Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit und Gehaltsansprüchen bei dem Unterzeichneten melden.
F. Lietzke, Aufsichtsrats-Vorsitzender, Berlin N., Brunnenstr. 85.

Tüchtige Tischler
für gute Bauarbeit verlangt [1465b
Ernst Gossow,
SW., Tettowerstraße 53.

Tüchtige Kesselschmiede
werden bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung von **großer Maschinenfabrik**
gesucht.
Offerten sind unter Chiffre B. K. 3971 an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** einzuwenden. 66/9*

Achtung! Holzarbeiter.
In der Tischlerei von **Weise,** Rostockerstr. 28, haben die Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 81/3*
In der Küchenmöbel-Fabrik von Roack u. Kynne, Schulstr. 21, haben sämtliche Tischler wegen Abzügen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten. 81/18
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbands.

Achtung, Kürschner!
Wegen der Aussperrung in der Mützenfabrik von **G. A. Hoffmann,** Sebastianstraße 14, ist bis jetzt noch keine Einigung zu stande gekommen. Zuzug ist streng fern zu halten.
93/11 Der Vertrauensmann.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Wetzker** in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.